

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Wolfgang Cornetz

Theorie und Empirie des Arbeitskraftangebots

19. Jg./1986

3

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Theorie und Empirie des Arbeitskraftangebots

Über die Bestimmungsgründe und den Wandel des geschlechtsspezifischen Erwerbsverhaltens

Wolfgang Cornetz*)

Wie in vielen anderen Ländern hat die Erwerbsneigung der Frauen auch in der Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit stark zugenommen. Überraschend war insbesondere, daß selbst das hohe Defizit an Arbeitsplätzen den Trend zur vermehrten Erwerbsbeteiligung bisher nicht hemmen konnte. Die Intention dieser Arbeit ist es, die vielfältigen Bestimmungsgründe der Partizipation zu hinterfragen. Schwerpunktmäßig werden die angebots- und nachfragebezogenen sowie die politisch-institutionellen Einflußfaktoren diskutiert.

Als Ergebnis läßt sich festhalten, daß die Frauenerwerbstätigkeit im Begriff ist, ihren marginalen Erwerbscharakter vollständig zu überwinden. Während sich die konjunkturelle Reagibilität der Frauen-Erwerbsbeteiligung nach 1970 spürbar verringert hat, hat die Angebots-Elastizität der Männer zugenommen. Langfristig sind die Nachfrage nach Arbeit und gesellschaftliche Normen, Wertvorstellungen und Rollenbilder die entscheidenden Determinanten der Erwerbsbeteiligung. Aufgrund der komplexen Wirkungsverläufe und der Bedeutung außerökonomischer (sozialer, rechtlicher, kultureller, institutioneller) Faktoren wird die neoklassische Theorie des Arbeitsangebots den realen Zusammenhängen nicht gerecht. Sie kann nur Partialerklärungen hinsichtlich der Höhe des Arbeits(kraft)angebots liefern. Um die Vielfältigkeit des Phänomens Erwerbsbeteiligung zu erfassen, scheint allein ein institutionalistischer Ansatz geeignet.

Was die Entwicklungsperspektiven anbetrifft, so kann angenommen werden, daß die Faktoren generatives Verhalten, steigendes Ausbildungsniveau, Veränderungen der Arbeitszeitregelungen, struktureller und emanzipatorischer Wandel auch künftig über die von dem fortdauernden Nachfragedefizit ausgehenden Wirkungen dominieren werden. Es spricht einiges dafür, daß die Erwerbsbereitschaft der Frauen sogar noch stärker zunehmen wird als in der Vergangenheit. Eine solche Entwicklung würde es erfordern, eine entsprechende Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze zu schaffen, um das gesellschaftliche Ziel Vollbeschäftigung zu verwirklichen.

Gliederung

1. Einleitung
2. Die neoklassische Theorie des Arbeitsangebots
3. Bestimmungsgründe der Erwerbsbeteiligung
 - 3.1 Subjektbezogene Einflußfaktoren
 - 3.1.1 Vom Drei-Phasen-Schema zu differierenden Erwerbsmustern
 - 3.1.2 Einkommensverhältnisse und soziale Stellung
 - 3.1.3 Gesellschaftliche Normen und subjektive Einstellungen
 - 3.2 Nachfragerrelevante Einflußfaktoren
 - 3.2.1 Konjunktureller Reagibilitätsgrad der Erwerbsbeteiligung
 - 3.2.2 Struktureller Reagibilitätsgrad der Erwerbsbeteiligung
 - 3.3 Infrastrukturelle und institutionelle sowie wirtschafts- und sozialpolitische Einflußfaktoren
4. Zusammenfassende Beurteilung

1. Einleitung

Eine recht ungewöhnliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt war in jüngster Vergangenheit zu beobachten: Etwa im gleichen Maße wie die gesamte Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland seit Mitte 1984 bis Ende 1985 anstieg, nahmen auch die Arbeitsplätze für Frauen zu – in der gleichen Periode übertrafen dennoch die Zugänge in die Frauen-Arbeitslosigkeit die Abgänge aus dieser Kategorie, d. h. die Anzahl der arbeitslosen Frauen erhöhte sich. Dieses Phänomen, das seine Erklärung in einer verstärkten Erwerbsneigung der Frauen findet, veranlaßte den *Sachverständigenrat* (1985, S. 66) in seinem Gutachten zu einer Diskussion der „besonderen Situation der Frau am Arbeitsmarkt“. In diesem Kapitel wird der Eindruck erweckt, als wäre erst in den letzten Jahren ein deutlicher Anstieg der weiblichen Erwerbsbeteiligung festzustellen. Daß die Erwerbsquoten der Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren keineswegs zwischen 1960 und Ende der siebziger Jahre stagnierten¹⁾, sondern der Anstieg der Frauen-Partizipation vielmehr ein langfristiger Prozeß ist, muß erst einmal richtiggestellt werden. So stieg die Quote der 15- bis unter 65jährigen im besagten Zeitraum um ca. 2,5 Prozentpunkte.²⁾ Zwischen 1979 und 1984 kletterte sie nochmals um 2 Prozentpunkte auf nunmehr 51,7%.³⁾

Von welchen Bedingungen hängt es eigentlich ab, ob eine Person im arbeitsfähigen Alter am Erwerbsleben partizipieren will? Offensichtlich muß diese Frage für verschiedene demographische Gruppen unterschiedlich beantwortet werden. Während es für viele Personen (z. B. für Männer im Haupterwerbsalter) zur Beteiligung am Erwerbsleben aufgrund materieller Notwendigkeiten und/oder historisch gewachsener starker Bindung zu Beruf und erwerbswirt-

*) Dr. Wolfgang Cornetz, bis vor kurzem wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Bremen, ist gegenwärtig Postdoktoranden-Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.

¹⁾ In diesem Sinne der SVR, S. 66.

²⁾ Mikrozensus-Erwerbsquoten. Um den zeitlichen Vergleich durchführen zu können, müssen die Werte nach der Geburtsjahrmethode (bis 1971) bzw. der Altersjahrmethode (seit 1972) kompatibel gemacht werden.

³⁾ Ergebnisse für 1984 nach der gegenüber dem Mikrozensus reduzierten EG-Arbeitskräftestichprobe (0,4% Auswahl statt 1%). Die Ergebnisse des Mikrozensus 1985 lagen bei Abfassung dieser Arbeit noch nicht vor.

schaftlicher Arbeit kaum eine Alternative gibt, ist diese Entscheidung für andere durchaus offener. Wie intensiv Wandlungsprozesse sein können, ist an den in der Vergangenheit kräftig angestiegenen Partizipationsraten der verheirateten Frauen abzulesen. Auch hinsichtlich der zukünftigen Frauen-Erwerbsneigung bestehen große Unsicherheiten, die etwa das IAB dazu veranlassen, mit unterschiedlichen Projektionsvarianten zu arbeiten.⁴⁾ Die Erwerbsbeteiligung ist jedenfalls ein Phänomen, ihre Entwicklung ist aufgrund der Komplexität der Zusammenhänge bisher nur begrenzt aufgehellt. Die Herausarbeitung der wesentlichen Determinanten ist aus diesem Grunde eine reizvolle Aufgabe.⁵⁾ Von Interesse ist vor allen Dingen auch, wie das Angebot an Arbeitskraft in der ökonomischen Theorie begründet wird. Zentrale Fragestellungen dieser Arbeit sollen sein:

- Welchen Aussagegehalt besitzt die neoklassische Theorie des Arbeitsangebots?
- Welche Relevanz haben angebots-, nachfragebezogene und politisch-institutionelle Einflußfaktoren?
- Welches sind die kurz- und langfristig dominierenden Faktoren?
- Welche Auswirkungen hat das Arbeitsplatzdefizit für die geschlechtsspezifische Erwerbsbeteiligung?
- Wie sind die Entwicklungsperspektiven – insbesondere hinsichtlich der Frauen-Partizipation – einzuschätzen?

Vor dem theoretischen Teil noch kurz einige begriffliche Hinweise: Als Maßeinheit für das Angebot an Arbeitskraft sind in der Bundesrepublik die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Erwerbspersonenzahlen und -quoten verfügbar. Die den Komplex Erwerbsbeteiligung bildenden Erwerbspersonen setzen sich aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen zusammen.⁶⁾ Erwerbsperson zu sein heißt also, Marktarbeit zu verrichten oder zu suchen. Die Kategorien Erwerbsbeteiligung und Arbeitsangebot sind allerdings streng genommen nicht inhaltsgleich, insbesondere bleibt bei der zahlenmäßigen Partizipation die verrichtete oder gewünschte Arbeitszeit außer Betracht. Der Begriff Arbeits-(kraft)angebot ist mehrdeutig und umfaßt die Dimensionen Anzahl der Arbeitskräfte, Arbeitszeit, Arbeitsintensität und Arbeitsqualität. Die zuletzt genannten Größen sind jedoch

einer empirischen Erfassung schlecht zugänglich. Vorrangig soll im Rahmen dieser Arbeit die Partizipationsentscheidung, also die Dimension Anzahl der Erwerbspersonen thematisiert werden.

2. Die neoklassische Theorie des Arbeitsangebots

Grundlegend für die neoklassische Analyse des Arbeits-(kraft)angebots ist ein *entscheidungstheoretischer* Ansatz. Das Angebot an Arbeit wird aus einem Nutzenmaximierungskalkül abgeleitet. Im traditionellen, kurzfristigen Modell hängt das Befriedigungsniveau eines Individuums von seinem Realeinkommen und der verfügbaren Freizeit ab, wobei das Gut „Einkommen“ nicht als solches Nutzen stiftet, sondern durch die Tatsache, daß es für Konsumgüter verausgabt werden kann. Eine Veränderung des Reallohnsatzes erfordert eine neue Festlegung der „optimalen“ Arbeitszeit.⁷⁾ Das Reaktionsmuster des „homo oeconomicus“ läßt sich dann – analog zur konsumtheoretischen Partialanalyse – in einen Einkommens- und einen Substitutionseffekt zerlegen. Wie der Haushalt letztendlich auf eine Erhöhung des Lohnsatzes reagiert, mit einer Steigerung oder einer Reduzierung des Angebots an Arbeit, hängt von der relativen Stärke der Effekte bzw. von den subjektiven Determinanten seiner Bereitschaft zur Arbeit ab. Seine Präferenzen werden graphisch durch Gestalt und Lage der Indifferenzkurven dargestellt. A priori kann jedenfalls keine der möglichen Reaktionen (Dominanz des Substitutionseffekts, Dominanz des Einkommenseffekts, Neutralisation von beiden unter Beibehaltung der ursprünglichen Kombination von Arbeitszeit und Freizeit) ausgeschlossen werden. Der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Arbeitsangebot ist also durch die zugrundeliegende Theorie nicht eindeutig determiniert. Darauf hinzuweisen ist angesichts der positiv geneigten Arbeitsangebotskurven, die die Lehrbücher beherrschen, durchaus notwendig.

Auch nach verschiedenen Modifikationen und Erweiterungen des traditionellen Ansatzes ist das Arbeitsangebot im neoklassischen Modell nach wie vor abhängig von gegebenen Marktpreisen und Löhnen und erfolgt die Nutzenmaximierung letztendlich unter optimaler Kombination von Freizeit und Marktgütern, so daß in dieser Hinsicht nichts wesentlich Neues gesagt wird. Der einzelne Arbeitskraftanbieter fungiert als quasi autonomes Subjekt, dessen Kalkül unabhängig von der jeweiligen Nachfrage nach Arbeit erfolgt (Unabhängigkeitsprämisse bezüglich der Angebots- und Nachfrage-Entscheidungskalküle). Über den Lohn hinausgehende Einflüsse sozialökonomischer und kultureller Art etwa werden vernachlässigt bzw. in einen exogen gedachten Datenkranz verbannt, der nicht Untersuchungsobjekt der Theorie ist.

Bei Aufgabe der Transparenzthese des traditionellen Modells, wie es im Rahmen der *Stichtheorie* als arbeitsmarkttheoretischer Ansatz neoklassischer Provenienz geschieht⁸⁾, werden Informationskosten in die individuelle Planung einbezogen. In Anbetracht der Heterogenität von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften sowie unvollständiger Information über verfügbare freie Stellen und verschiedene Lohnsätze ist für Arbeitsuchende, so der Aussagegehalt der „Job search theory“, ein Informationsprozeß obligat, der Zeit und Kosten verursacht. Dieser Ansatz schafft zwar Raum für eine differenziertere Betrachtung der Zeitallokation (freiwillige Nicht-Erwerbstätigkeit kann Suchzeit sein), es ändert sich aber nichts an der Grundstruktur des neoklassischen Modells, das durch die Maximierung einer Nutzenfunktion charakterisiert ist.⁹⁾

⁴⁾ Vgl. Klauer u. a. 1985; Autorengemeinschaft 1985; Thon 1984. Das IAB bildet folgende Varianten: die untere für eine Abschwächung des langfristigen Trends, die mittlere für die Beibehaltung und die obere für die Berücksichtigung eines besonders stark ansteigenden Trends.

⁵⁾ Da, wie angedeutet, die Untersuchung der Einflußfaktoren der Erwerbsbeteiligung primär ein frauenspezifisches Thema ist, soll vor allem die weibliche Partizipation thematisiert werden. Die sehr hohe und relativ stabile Erwerbsbeteiligung der Männer vor Augen, drängt sich weniger die Frage auf, wovon die Partizipation abhängt, als vielmehr der umgekehrte Ansatz, welche Gründe es denn dafür geben könnte, daß Männer nicht erwerbswirtschaftlich tätig sind.

⁶⁾ Die Erwerbslosen nach dem Erwerbskonzept des Statistischen Bundesamtes stimmen nur zu etwa 80 Prozent mit den von der Bundesanstalt für Arbeit registrierten Arbeitslosen überein (vgl. WISTA 9/1981, S. 657). Zur genaueren Unterscheidung zwischen Erwerbslosen und Arbeitslosen vgl. z. B. Brinkmann 1980 a.

⁷⁾ Anzumerken ist, daß das Individuum in diesem Modell eine simultane Entscheidung hinsichtlich des Angebots an Arbeitsstunden und des Eintritts ins Erwerbsleben trifft. „This is because, in the world of perfect certainty and perfect information portrayed by the simple model, the participation decision and the hours-of-work decision are really one and the same“ (Killingsworth 1983, S. 8).

⁸⁾ Die Prämisse, daß die Individuen über vollständige Information verfügen, wird nicht länger aufrechterhalten, und es wird konzediert, daß für homogene Arbeit unterschiedliche Lohnsätze vorherrschen können.

⁹⁾ Daß Neue Mikroökonomie und Suchtheorie aus ihren Modellen die Erkenntnis ableiten, Existenz und Dauer von Arbeitslosigkeit seien Resultat einer Optimierungsrechnung und damit letztlich freiwilliger Natur, mag hier nicht weiter vertieft, sondern nur angemerkt werden.

Zusammenfassend kann für die bisher behandelte traditionelle neoklassische Theorie (einschließlich der suchtheoretischen Erweiterung) gesagt werden, daß die Existenz unfreiwilliger, längerfristiger (nachfragemangelbedingter) Arbeitslosigkeit nicht anerkannt wird, insofern also auch nicht die Möglichkeit eingeräumt wird, daß das Angebot (auch) durch Nachfragevariable beeinflusst wird.¹⁰⁾ „The study of labor force participation is a study of labor supply“ schreibt G. G. Cain (1966, S. 5) und unterstellt getreu neoklassischem Denkmuster, daß eine Theorie, die die Partizipation erklären soll, eine Theorie des *Arbeitsangebots* (heißt: ausschließlich Angebotsvariable sind relevant) sein muß. Im Modell stehen monetäre Größen (Lohn sowie Einkommen aus Vermögen) im Vordergrund und die Arbeitsbereitschaft wird als Funktion des Lohnsatzes analysiert. Dieser Tatbestand ist nun aber nicht so aufzufassen, daß der Lohn die einzige Determinante des Angebots darstellt.¹¹⁾ Auch sind die Wahlmöglichkeiten des Individuums im Modell nicht nahezu unbegrenzt¹²⁾, noch wird vollständige Zeitsouveränität unterstellt¹³⁾. Vor allzu oberflächlicher Kritik muß gewarnt werden. Die Flexibilität des Modells und das Anpassungsvermögen des neoklassischen Ansatzes sollten nicht unterschätzt werden. Selbst Verhaltensweisen wie der „discouraged-worker-“ und der „added-worker-effect“ – die in Kapitel 3.2.1 noch erläutert werden – lassen sich nach neoklassischem Verständnis lohntheoretisch, also theorieimmanent, erklären. Dennoch ist die Konzentration auf Einkommensgrößen und die Externalisierung aller außerökonomischen Determinanten in den Datenkranz zu kritisieren, denn diese Vorgehensweise immunisiert zwar das Modell gegenüber allzu pauschaler Kritik, schafft aber gerade nicht die Voraussetzungen für die Berücksichtigung soziologischer und psychologischer Einflußfaktoren. Bevor überhaupt untersucht ist, ob der Lohn die dominierende Determinante ist, wird er als unabhängige Variable in den Mittelpunkt der Analyse gerückt.

3. Bestimmungsgründe der Erwerbsbeteiligung

In diesem Kapitel soll nach den wesentlichen empirischen Einflußfaktoren der Erwerbsbeteiligung gefragt werden. Kein Zweifel dürfte daran bestehen, daß insbesondere die Frauenerwerbsneigung von einer Fülle von Determinanten

gesteuert wird¹⁴⁾. Erschwerend ist der Tatbestand, daß viele der „wahren“ Einflußgrößen kaum oder nur unzureichend quantitativ erfassbar sind. Da vor allem bei den verheirateten Frauen Veränderungen im Arbeitsmarktengagement stattgefunden haben bzw. noch stattfinden dürften, soll die Untersuchung des Erwerbsverhaltens dieser demographischen Gruppe der „sekundären Arbeitskräfte“¹⁵⁾ im Vordergrund stehen. Wenn es um Erwerbsneigung oder -bereitschaft geht – das muß an dieser Stelle noch verdeutlicht werden – ist die Verhaltenskomponente, die mit Hilfe der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten ausgedrückt werden kann, Objekt der Untersuchung. Die demographische Komponente, speziell das Nachrücken geburtenstarker Jahrgänge in das Erwerbsleben in der Vergangenheit, wird hier nicht weiter erörtert.

In Abbildung 1 sind eine Reihe von Faktoren genannt, die einen Einfluß auf die Erwerbsneigung ausüben. Zweifellos sind hier nicht alle denkbaren Determinanten aufgeführt, angestrebt ist auch eher die Veranschaulichung des Prozesses der Erwerbsbeteiligung. Die Entscheidung einer Person, von der Kategorie der Nichterwerbsbeteiligung in die Kategorie der Erwerbspersonen zu wechseln, wird in diesem Schema von drei Determinanten-Komplexen beeinflusst. Die Separierung in die Bereiche „Angebot“, „Nachfrage“ und „Politik“ ist allerdings nicht stringend aufzufassen und sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch zwischen Faktoren verschiedener Determinanten-Gruppen Interdependenzen bestehen. Die Zuordnung erfolgte aufgrund pragmatischer und heuristischer Gesichtspunkte. Bei der Analyse der Bestimmungsfaktoren ist es unvermeidlich, schwerpunktmäßig vorzugehen.

3.1 Subjektbezogene Einflußfaktoren

In diesem Abschnitt interessieren weniger geläufige, umstrittene oder im Wandlungsprozeß befindliche Zusammenhänge. Auf die genauere Darstellung bekannter Beziehungen, etwa zwischen Partizipation und Bildungsvariablen¹⁶⁾, wird verzichtet. Da im Gegensatz zur männlichen Erwerbsbeteiligung mit ihrer relativen Kontinuität die Berufsverläufe verheirateter Frauen ein höheres Maß an Unterbrechungen aufweisen, werden zuerst die weiblichen Partizipationsmuster thematisiert.

3.1.1 Vom Drei-Phasen-Schema zu differierenden Erwerbsmustern

Als ein die „weibliche Normalbiographie“ zutreffend abbildendes Schema wurde lange Zeit das in den 50er Jahren konzipierte „Drei-Phasen-Modell“ angesehen. Nach *Alva Myrdal* und *Viola Klein* (1960) ließen sich Leben und Erwerbstätigkeit der Frauen, bedingt durch den Einfluß familiärer Gegebenheiten, in drei Lebensabschnitte unterteilen: 1. Periode: Zeitspanne zwischen Schulentlassung und Eheschließung, temporäre Berufstätigkeit; 2. Periode: Rückzug der Mehrheit der Frauen aus dem Arbeitsmarkt wegen Familiengründung, Konzentration auf Kinderbetreuung und Haushaltsführung; 3. Periode: Wiedereintritt ins Berufsleben in einer Phase des Erwachsenwerdens der Kinder („neuer Anfang mit 40 Jahren“). Resultat dieses Phasenschemas und Ergebnis des diskontinuierlichen Erwerbsverlaufs müßte eine zweigipfelige Frauenerwerbsquote sein, deren Maximum bereits in der ersten Phase angesiedelt ist. Aus Abbildung 2 ist ersichtlich, daß insbesondere die im Jahre 1972 ermittelte Quote die Annahme des Drei-Phasen-Konzepts zu bestätigen scheint, während in der 82er Kurve ein zweiter Gipfel nur noch angedeutet wird¹⁷⁾. Es ist jedoch

¹⁰⁾ Nur in den Fällen, in denen sich die zum Gleichgewicht tendierenden Kräfte wegen der (zu kurzen) Betrachtungsperiode noch nicht vollständig durchsetzen konnten sowie aufgrund bestehender Unvollkommenheiten in Form von Lohn- und Preisrigiditäten, billigt die weiter oben behandelte traditionelle Theorie die Nichträumung des Arbeitsmarktes zu.

¹¹⁾ In diesem Sinne etwa Leschinsky 1976, S. 42 ff.; Fischer, Heier 1983, S. 43-47, 65. Es ist zu bedenken, daß die Arbeitsbereitschaft durch die mittels der Indifferenzkurven veranschaulichten Präferenzen beeinflusst wird. Individuelle Unterschiede in den Indifferenzkurven können beträchtlich abweichende Angebotsverhalten produzieren.

¹²⁾ So Gordon 1974, S. 37/38.

¹³⁾ Zu lesen bei Andrae 1970, S. 40; Gordon 1974, S. 37/38; Leschinsky 1976, S. 45; Pfriem 1979, S. 75; Brinkmann, G. 1981, S. 55.

¹⁴⁾ Die Inhalte der beiden Beitragsbände BeitrAB 44 und BeitrAB 56 des IAB, die anläßlich von Arbeitstreffen zu den Problemen der Messung und Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotentials entstanden, unterstreichen nachdrücklich die Komplexität der Zusammenhänge.

¹⁵⁾ Mit „sekundär“ ist eine Charakterisierung des Arbeitsmarktstatus gemeint. Im Gegensatz zu „Primärarbeitern“ verfügen „secondary workers“ nicht über hohe und stabile Erwerbsquoten.

¹⁶⁾ Zwischen Qualifikation und Erwerbsneigung besteht ein eindeutig positiver Zusammenhang. Auch in der Bundesrepublik haben in der Vergangenheit Ausbildung und Beschäftigung von Frauen expandiert. Das Bildungsdefizit der Frauen hat abgenommen und die Ausbildungsdivergenzen zwischen Männern und Frauen sind kleiner geworden.

¹⁷⁾ Auch im weiteren Verlauf der Untersuchung wird die Zeitreihenbetrachtung in der Regel im Jahre 1982 enden, da 1983 und 1984 kein Mikrozensus durchgeführt wurde (nur die bereits erwähnte EG-Arbeitskräftestichprobe).

Abbildung 1: Schema der Erwerbsbeteiligung

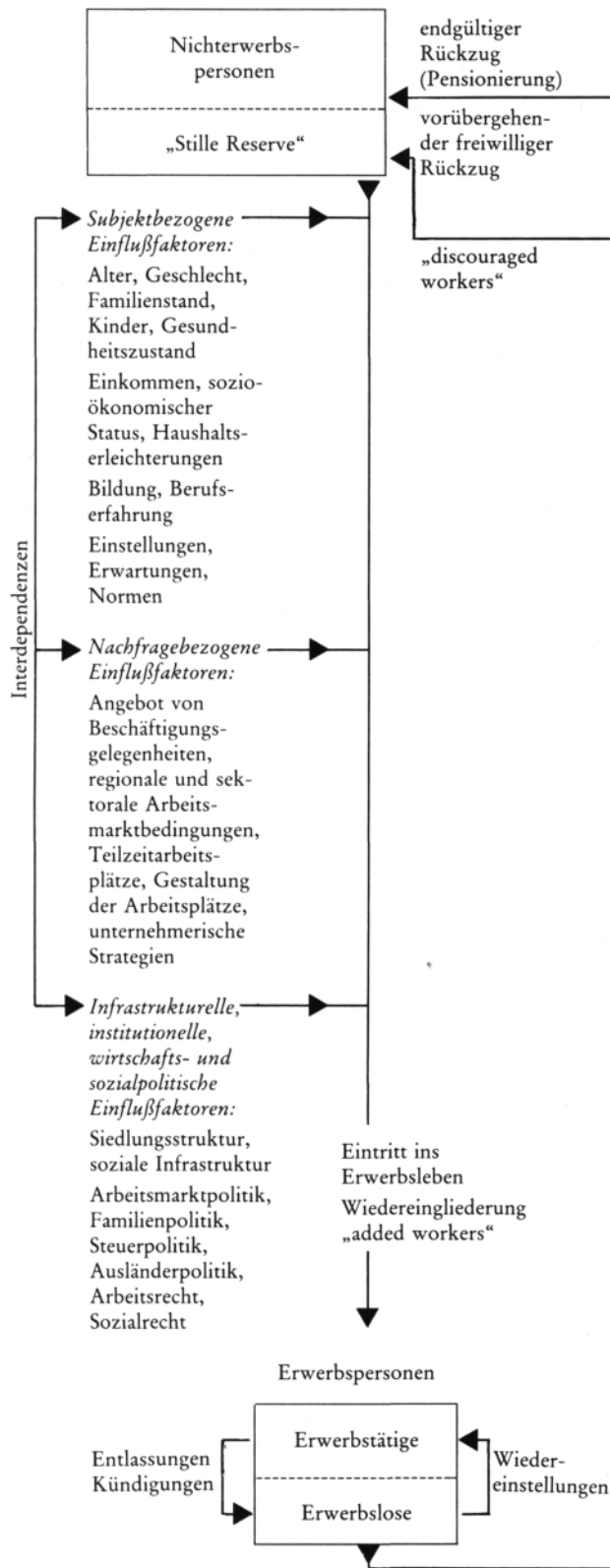
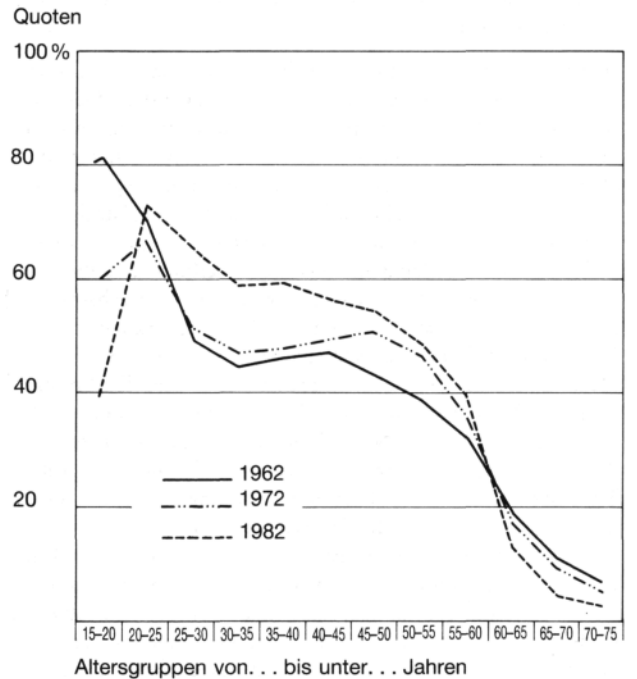


Abbildung 2: Altersspezifische Frauen-Erwerbsquoten 1962, 1972, 1982

Anteil weiblicher Erwerbspersonen an der weiblichen Wohnbevölkerung (Deutsche)



Quelle: Zahlen des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 1, Reihe 4.1.1; Ergebnisse der Mikrozensen/Altersjahrmethode (für 1962 umgerechnet)

zu berücksichtigen, daß die altersspezifische Erwerbsquote eines Jahres das Ergebnis unterschiedlicher Biographien ist. Sowohl Frauen, die in der Regel durchgängig arbeiten (vorrangig die ledigen Frauen), als auch solche, bei denen sich Arbeits- und Haushaltsphasen abwechseln, sind hier erfaßt. Natürlich auch diejenigen, die sich entsprechend dem Drei-Phasen-Theorem verhalten, d. h. die ihre Berufstätigkeit mit der Geburt des ersten Kindes unterbrechen und nach einer längeren Familienphase den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben vollziehen oder – als Erwerbslose – anstreben.

Mag die „Drei-Phasen-Theorie“ zu Zeiten ihrer Entstehung Charakteristika des Frauen-Erwerbsverhaltens erfaßt haben, so stimmt die reine Form dieses Modells heute nur noch mit einem geringen Anteil der weiblichen Biographien überein. Bereits 1971 schrieb F. Wetz, „daß das Erwerbsverhalten der Mehrheit der Frauen“ (Hervorhebung durch d. V.) „nicht der Drei-Phasen-Theorie entspricht und durch sie auch nicht erklärt werden kann“ (Wetz 1971, S. 204). Schon seinerzeit galt, daß selbst viele verheiratete Frauen mit Kindern in der zweiten Phase erwerbstätig bleiben, daß andererseits in der Wiedereinstiegsphase die Mehrheit der Frauen nicht arbeitet. Von besonderen Häufungen des Wiedereintritts ins Erwerbsleben zu Zeiten des Erwachsenwerdens der Kinder kann auch nicht die Rede sein, sondern der Prozeß der Wiedereingliederung verteilt sich relativ gleichmäßig über die Zeit (vgl. z. B. Kohler, Reyher 1970). Die Abbildung zeigt darüber hinaus, daß die Erwerbsquote von Frauen in den unteren und oberen Altersklassen im Laufe der Zeit beträchtlich gesunken ist¹⁸

und im mittleren Bereich im Jahre 1982 viel weniger abfällt als 1962 und 1972.

¹⁸ Hier wirken sich einerseits die verlängerten Ausbildungszeiten, andererseits die geänderten Ruhestandsregelungen aus.

Konkret besagt dies, daß ein deutlich geringerer Prozentsatz der Frauen in der zweiten Periode aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Dafür ist die Wiedereintrittsphase (Altersklasse 35-40 Jahre) nur noch durch ein geringfügig erhöhtes Niveau charakterisiert, so daß man kaum noch von einer zweigipfligen Kurve sprechen kann.

Alter, Eheschließung und Fertilität, als die das traditionelle Phasenerwerbsverhalten unmittelbar prägenden Determinanten, üben längst nicht mehr den Einfluß aus, der ihnen in der Vergangenheit zukam. Nicht mehr *ein* typischer weiblicher Lebenszyklus (kurze erste Berufstätigkeitsphase, längere zweite Mutterschaftsphase, erneute Berufstätigkeitsphase im fortgeschrittenen Alter) herrscht vor, es existieren vielmehr verschiedenartige Formen weiblicher Lebensbewältigung bzw. unterschiedliche weibliche Erwerbsmuster. Neben „Phasenerwerbsfrauen“ finden sich Frauen, für die Berufskontinuität eine Selbstverständlichkeit ist, gibt es „Karrierefrauen“, „Familienfrauen“ (die Familienbindung steht im Vordergrund) und „Wechselfrauen“ (Phasen der Erwerbstätigkeit und Nicht-Erwerbstätigkeit wechseln ab), die Gesamtentwicklung ist allerdings mit einer generellen Tendenz zu stärkerer Berufsorientierung versehen. Ganz deutlich wird dies an dem überproportionalen Anstieg der Erwerbsquoten von Müttern mit Kindern. Der Einfluß der Existenz von Kindern (insbesondere von Kindern im Vorschulalter) auf die Erwerbstätigkeit von Frauen, obwohl nach wie vor relevant, hat sich in der Vergangenheit spürbar verringert. Auf einen Anstieg der altersspezifischen Frauen-Erwerbsquoten hin wirkt neben dem allgemeinen Geburtenrückgang (auf welchen in Kap. 3.1.3 noch eingegangen wird) natürlich auch die Erosion familialer Normen. Viel häufiger als früher gibt es gegenwärtig Mütter von Einzelkindern, alleinerziehende, unverheiratete und geschiedene Mütter. Es ist offensichtlich, daß für die letzteren Gruppen eine Existenzsicherung ohne eigene Erwerbstätigkeit kaum gewährleistet ist.

Resümierend läßt sich feststellen, daß

- der Anteil der (Ehe)Frauen ansteigt, die keine Unterbrechung der Berufslaufbahn mehr vornehmen,
- im Falle einer Unterbrechung des Erwerbsprozesses, dieser Einschnitt kaum noch bei der Eheschließung erfolgt, sondern erst nach der Geburt eines Kindes oder sogar bei der zweiten Schwangerschaft,
- Frauen weniger Kinder als früher bekommen und mit der Geburt des ersten Kindes länger warten,
- zunehmend Frauen nach der Unterbrechungsphase wieder Arbeit anbieten (Steigerung der Rückkehrquote),
- die Phase des in den Erwerbsprozeß eingebetteten Familienzyklus (Versorgung der Kleinkinder) deutlich kürzer geworden ist und eine neue Phase der „nachelterlichen Gefährtschaft“ entstanden ist (vgl. *Willms-Herget* 1985, S. 81 ff.; *Milz* 1984, S. 165ff.),

- weibliche Erwerbstätigkeit mittlerweile als Lebensperspektive gilt (vgl. *Beer* 1985); „nicht erwerbstätig zu sein... für Frauen zur Ausnahmesituation (wird, d. V.), immer deutlicher begrenzt auf die Phase der Erziehung kleiner Kinder“ (*Willms* 1983, S. 110),
- Frauen „heute typischerweise Beruf und Familie wollen“ (*Beck-Gernsheim* 1985, S. 133).

3.1.2 Einkommensverhältnisse und soziale Stellung

Erwerbswirtschaftliche Arbeit, unbezahlte Hausarbeit und Freizeit sind die Alternativen, die sich im neoklassischen Modell für die verheiratete Frau stellen. Monetäre Einflußgrößen, die die Entscheidung hinsichtlich der Erwerbstätigkeit beeinflussen, können in verschiedener Form auftreten. Es sind Einkommensveränderungen bei ihrem tatsächlichen oder potentiellen Verdienst, beim Lohn/Gehalt ihres Mannes und beim gesamten Familieneinkommen möglich. Steigen die Löhne für Frauen bzw. erhöht sich das potentielle Einkommen für eine Ehefrau, wird erwartet, daß mit einer Ausdehnung des Arbeitskraftangebots reagiert wird. Dies um so mehr, je unausgeschöpfter die Substitutionsmöglichkeiten im Haushaltsbereich sind. Das entgegengesetzte Verhalten vermutet man bei einer Erhöhung des Einkommens des Ehemannes, bei einer Steigerung des gesamten Familieneinkommens, insbesondere dann, wenn das Einkommen der Frau niedriger als das ihres Mannes ist.

Über die Beziehung zwischen dem Lohn für Frauen und ihrer Erwerbsbeteiligung liegen zahlreiche empirische Ergebnisse vor¹⁹⁾, die auch nahezu ausnahmslos den erwarteten positiven Zusammenhang bestätigen. Speziell in Querschnittsuntersuchungen läßt sich der Einfluß des Einkommens gut verdeutlichen. Eine Untersuchung von 165 Arbeitsmarktregionen in der Bundesrepublik Deutschland mit den Hilfsgrößen Bildungs- und Ausbildungsstand für die potentiellen Verdienste der Frauen kommt zu eindeutigen Aussagen: Das Arbeitsangebot der Frauen steigt mit höherer Qualifikation (mit besseren Möglichkeiten der Einkommenserzielung) und der negative Einkommenseffekt (resultierend aus einem wachsenden Familieneinkommen) wird zunehmend von einem positiven Substitutionseffekt überlagert (vgl. *Langkati* 1977, S. 209/210). Schwieriger ist es schon, mit Zeitreihendaten zu arbeiten. Entwickeln sich die makroökonomischen Lohn- und Erwerbsquotenreihen trendmäßig in die gleiche Richtung, muß in der Regression zwangsläufig ein positiver Koeffizient erscheinen. Entsprechende Ergebnisse sollten also mit Vorbehalt interpretiert werden²⁰⁾. Eine regressionsanalytische Überprüfung mit der unabhängigen Variablen „Reallohnsatz der Frauen“ (Periode 1960-1982) bestätigt die positive Beziehung und ermittelt den höchsten Lohnanreiz für die Gruppe der 25 bis 30 Jahre alten Ehefrauen. Die Regression sollte jedoch lediglich in dem Sinne verstanden werden, daß es mittels dieses Ansatzes nicht gelungen ist, die postulierte Hypothese des positiven Einflusses des Reallohnes zu falsifizieren²¹⁾.

Daß die Determinante „persönliches Einkommen“ erhebliche Relevanz für die Erwerbsbeteiligung der Frauen besitzt, zeigen vorliegende Befragungsergebnisse. Eine Mikrozensus-Zusatzbefragung im Juli 1974 in der Bundesrepublik ergab, daß für nahezu zwei Drittel der 3,4 Millionen Frauen, die bis zu diesem Zeitpunkt eine Erwerbstätigkeit wieder aufgenommen hatten, finanzielle Motive ausschlaggebend waren (vgl. *WISTA* 4/1976, S. 238 sowie *BiB* 1980, S. 86). Neuere, im Rahmen österreichischer Mikrozensen erzielte Resultate unterstreichen die Bedeutung der finanziellen

¹⁹⁾ Besonders in den Vereinigten Staaten. Aus der 1. Generation empirischer Analysen in den USA bis Anfang der 70er Jahre mögen die Arbeiten von Bowen, Finegan 1969, Cain 1966 und Mincer 1962 erwähnt werden.

²⁰⁾ Cremer gewinnt aufgrund seiner Schätzung (Zeitraum 1962-1979) die Erkenntnis, daß die Elastizität der Erwerbsbeteiligung von Frauen in bezug auf den Frauenlohnsatz erheblich größer ist als die Lohnelastizität der Männer (vgl. Cremer 1981).

²¹⁾ Skepsis gegenüber der Interpretation derartiger Schätzungen als Kausalmodelle ist grundsätzlich angebracht. Auch aus einer guten statistischen Sicherung ist nicht ableitbar, daß die gewählte Struktur die wahre Struktur

Gesichtspunkte. 62% aller nichtbeschäftigten Frauen suchten im September 1984 deshalb einen Arbeitsplatz, „weil das Geld zum Leben benötigt wird“ (Statistische Nachrichten 11/1985, S. 779/780). Erwerbstätige Frauen hoben besonders die wirtschaftlichen Gründe hervor, hierunter vor allem die Aspekte „Lebensunterhalt“ und „Beitrag zum Haushaltseinkommen“ (Ergebnisse des Mikrozensus Juni 1983; vgl. Statistische Nachrichten 4/1985). „Finanzielle Unabhängigkeit“ war für junge Frauen das dominierende ökonomische Motiv. Vollzeitbeschäftigte Frauen stufen erwartungsgemäß die wirtschaftlichen Gründe gewichtiger ein als teilzeitbeschäftigte Frauen dies taten. Verheiratete Voll- und Teilzeitkräfte nannten als Hauptgrund, daß sie einen Beitrag zum Haushaltseinkommen erbringen wollten (ebd. S. 259). Wenn es aber Ehefrauen bzw. Frauen, die nach der zumeist familienbedingten Unterbrechung eine Wiedereingliederung in den Beruf anstreben, in erster Linie darum geht, daß Familieneinkommen aufzubessern, kann man die These vertreten, daß die Entscheidung für eine Erwerbstätigkeit relativ unabhängig von regional gering unterschiedlichen Lohnniveaus oder Lohnsteigerungen fällt. Mit anderen Worten: der Wunsch oder die Notwendigkeit, das Haushaltseinkommen um einen gewissen Betrag aufzustocken, dürfte nur wenig von der Entwicklung der Frauenlöhne bzw. von regional differierenden Frauen-Lohnsätzen beeinflusst werden.

Was die Kreuzelastizität des Einkommens betrifft, so gibt es genügend empirische Hinweise auf die Existenz einer inversen Beziehung. Je höher der Lohn des Mannes, desto geringer das Arbeitsangebot der Frau²²). Die gleiche Beziehung gilt auch für das Familieneinkommen und die weibliche Erwerbsbeteiligung (vgl. Langkau 1977, S. 274 ff.) bzw. das Haushaltsvermögen und das weibliche Arbeitsangebot (vgl. Cremer 1981, S. 67). Repräsentative Befragungen lassen schlußfolgern, daß ökonomische Motive für Ehepaare mit jüngeren Kindern viel schwerwiegender sind als für Ehepaare, deren Kinder über 15 Jahre alt sind (vgl. Statistische Nachrichten 4/1985). Während bei einem niedrigen Haushaltsnettoeinkommen viele Frauen auch dann arbeiten müssen, wenn Kinder zu versorgen sind, ist dies in den höheren Einkommenschichten immer seltener der Fall (vgl. Hofbauer 1979, S. 221 ff.).

Schließlich sei noch auf einige empirische Ergebnisse verwiesen, die eine inverse Beziehung zwischen dem sozio-ökonomischen Status des Ehemannes und der Partizipation der Frau bestätigen. Ehefrauen von Beamten und Angestellten in gehobener und leitender Stellung mit relativ hohem Einkommen sind in geringerem Maße erwerbstätig als Ehefrauen von Arbeitern und Angestellten in einfacher und mittlerer Stellung mit niedrigem Einkommen²³). Ist ein Berufseinstieg erfolgt, ziehen sich erstere früher aus dem Erwerbsleben zurück als letztere. Die sozio-ökonomische

Position des Mannes kann man aus der Perspektive der Frau insofern als „Indikator für den finanziellen Zwang“, eine Erwerbstätigkeit auszuüben, bezeichnen (Handl 1978, S. 235).

Es kann festgehalten werden, daß finanzielle Aspekte für das Arbeitsangebot verheirateter Frauen zweifellos eine wesentliche Rolle spielen. Insbesondere besteht für Frauen, die nur über ein geringes Haushaltsbudget verfügen können, die ökonomische Notwendigkeit, eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Reicht das Einkommen nicht aus, bieten Frauen auch dann Arbeit an, wenn Kinder und sogar Kinder im Vorschulalter zur Familie gehören. Auf der anderen Seite zeigt sich, daß Frauen mit steigendem Haushaltseinkommen weniger Arbeit anbieten. Beim Entscheidungsprozeß für oder gegen eine Erwerbstätigkeit scheint das Lohnniveau für Frauenarbeit eher von sekundärer Bedeutung zu sein, denn wenn das Haushaltseinkommen nicht ausreicht, ist es vor allem wichtig, daß die Frau einen gewissen Sockelbetrag hinzuverdient. Graduelle Unterschiede im Lohnniveau dürften dann zweitrangig sein.

3.1.3 Gesellschaftliche Normen und subjektive Einstellungen

Obwohl kaum jemand bestreiten dürfte, daß die Erwerbsbereitschaft auch von sozio-kulturellen Einflüssen abhängig ist (vgl. Durand-Droubin 1981), bleibt dieser Bereich häufig außer Betracht. Das Problem ist natürlich, daß derartige Einflüsse kaum quantifizierbar sind und deshalb in ökonomischen Funktionen auch nicht berücksichtigt werden können. Das Manko der fehlenden Quantifizierbarkeit schätzen wir jedoch geringer ein als das Defizit einer rein ökonomischen Analyse, da ohne Faktoren wie die subjektive Einstellung zur Arbeit oder gesellschaftliche Wertvorstellungen und Verhaltensnormen, d. h. allgemeine soziologische und kulturelle Entwicklungen, das Phänomen der Erwerbsbeteiligung nicht hinreichend erklärbar ist²⁴). Zu beachten in diesem Zusammenhang ist vor allem das Rollenverständnis bzw. das Konzept der gesellschaftlichen Rolle der Frau.

Erwerbsarbeit bietet Frauen mehr als Einkommen, sie offeriert die Chance zur Kommunikation und Selbstbestätigung sowie zur Überwindung der Isolation, die das Hausfrauendasein häufig mit sich bringt. Aus Befragungen ist bekannt, daß die berufliche Motivation ein wichtiger Bestimmungsgrund sowohl für erwerbstätige, als auch für nichterwerbstätige Frauen ist, die eine Wiederaufnahme des Berufs anstreben. Nichtwirtschaftliche Gründe sind vor allem relevant für kinderlose Frauen, für Frauen mit guter Ausbildung und für Frauen mit höherem Einkommen. Auch sehr junge Beschäftigte, Angestellte und Beamtinnen in mittleren und höheren Positionen und teilzeitbeschäftigte Frauen sind demographische Gruppen, die das nicht ökonomische Motiv „Interesse am Beruf“ betonen (vgl. Statistische Nachrichten 4/1985; Toman u. a. 1977). Intrinsische Beweggründe sind in geringerem Maße zu finden bei Müttern von Kindern im Vorschulalter und bei Arbeiterinnen.

Neben der Einstellung der Frauen zur weiblichen Erwerbstätigkeit dürften auch die Ansichten der Ehemänner über die Erwerbsarbeit ihrer Frauen von Bedeutung sein²⁵). Was die Gesamtentwicklung anbetrifft, so kann man wohl davon ausgehen, daß weniger ein Wandel der Einstellung der Männer gegenüber weiblicher Berufstätigkeit den Anstieg der Frauen-Partizipationsraten bewirkt hat, als vielmehr sich umgekehrt die Standpunkte der Männer den realen Entwick-

²²) Hekman kommt in seiner Untersuchung zu dem Schluß, „that the labor force participation of married women varies dramatically and inversely with the income of their husbands“ (Hekman 1980, S. 805).

²³) Vgl. Schwarz 1978, S. 477 ff.; Handl 1978, S. 234 ff.; Hofbauer 1979, S. 218 ff.; Hecheytjen 1974, S. 216 ff.

²⁴) Man kann den Sachverhalt wohl so sehen, daß die leicht meßbaren Variablen, wie die Anzahl der Kinder oder das Qualifikationsniveau, nur Ausdruck der nicht an der Oberfläche liegenden, schwer operationalisierbaren, jedoch primär wirkenden Einflüsse (Normen, Einstellungen) sind.

²⁵) In einer Ende der siebziger Jahre durchgeführten Repräsentativuntersuchung der Berufsverläufe bei Frauen konnte sogar ein großer Einfluß der Determinanten „Einstellung des Ehemannes zur Erwerbstätigkeit seiner Frau“ auf die Erwerbstätigenquote der Frauen festgestellt werden (vgl. Hofbauer 1979). Da die Gefahr einer Scheinkorrelation besteht, sollte man dieses Ergebnis allerdings nicht überbewerten.

lungen (notgedrungen) tendenziell angepaßt haben. Noch vor gut 10 Jahren vertrat jeder zweite Arbeiter die Ansicht, die Frau gehöre ins Haus, unabhängig davon, ob sie Kinder hat oder nicht (vgl. Pross 1975). Heute ist es zwar so, daß Männer mehrheitlich die Berufstätigkeit der Frau bejahen, allerdings nur, solange die Frau nicht Mutter ist. Sind Kinder unter 10 Jahren zu betreuen, heißen 80% der Männer gut, daß die Frau zu Hause bleibt. Nahezu jeder zweite Mann hält diese traditionelle Lösung sogar für die beste (vgl. Metz-Göckel, Müller 1985). Aber auch wenn es vielen Männern schwerfällt, tradierte Wertmuster zu überwinden und die Frauen auf ihrem Weg hin zu einem veränderten Rollenbild in erster Linie auf sich allein angewiesen waren und sind, so ist doch unstrittig, daß sich die individuelle und gesellschaftliche Einschätzung der erwerbswirtschaftlichen Arbeit verheirateter Frauen und die diesbezüglichen allgemeinen Verhaltensnormen verändert haben. Immer weniger Ehefrauen scheuen vor der Belastung einer Berufstätigkeit zurück, immer mehr halten die Erwerbsarbeit für erstrebenswert. Während sich das traditionelle Bild der Hausfrauen- und Mutterrolle hartnäckig hält, kann sich doch die Frau heute weniger mit der Rolle der Hausfrau und Mutter identifizieren.

Ein neues Selbstbewußtsein und ein neues Selbstverständnis der Frauen, der emanzipatorische Trend schlechthin, die „sich verselbständigenden Motivationsstrukturen“ (Schmid 1979, S. 335), dieser Faktorenkomplex kann als wesentliche, das Arbeitsangebot steigernde Determinante weiblichen Erwerbsverhaltens bezeichnet werden. Die Wandlung des Rollenverständnisses der Frau ist dabei um so bemerkenswerter, als frauen-diskriminierende Einstellungen bei weitem nicht überwunden sind. Obwohl die allgemeinen Arbeitsmarktbedingungen bzw. der akute Mangel an Frauen-Arbeitsplätzen eher dazu angetan sind, das Streben nach Erwerbstätigkeit zu bremsen, hat eine Erosion traditioneller Wertskalen stattgefunden.

Das Problem, ob der Einstellungs- und Wertewandel sozusagen autonom entstanden und tatsächlich als primär verursachende Größe zu begreifen ist oder ob andere Faktoren eine Veränderung der Verhaltensnormen provoziert haben, bleibt erst einmal offen. Cain (1979, S. 220) vermutet, daß der Wandel in den „social and personal attitudes“ eher Folge als Ursache ist. Auch für Oppenheimer (1970, S. 51) liegt die Bedeutung des Faktors Verhalten vorrangig in der Anpassungsfähigkeit an sich verändernde Umweltbedingungen (z. B. an ein erhöhtes Arbeitsplatzangebot für Frauen). Die Frage, was ist Ursache und was sind Konsequenzen, stellt sich auch, wenn man das veränderte generative Verhalten bzw. den Rückgang der Geburtenrate und den gleichzeitigen Anstieg der Frauen-Erwerbsquoten betrachtet. Die Interpretation dieser Phänomene als Kausalbeziehung in

dem Sinne, daß die zunehmende Frauenberufstätigkeit den Geburtenrückgang bewirkt hat, ist mit Sicherheit eine unangebrachte Vereinfachung. Gleiches kann man auch für die umgekehrte Abfolge feststellen. In Wirklichkeit dürfte eine Reihe von Bestimmungsfaktoren für die Verringerung der Geburtenzahl verantwortlich sein und die Wirkungszusammenhänge um diese Entwicklung sind äußerst komplex. Wie K. M. Bolte (1981; sowie Bolte, Kappe, Schmid 1980) darlegt, sind sowohl Lebensbedingungen nicht mehr vorhanden, die eher für Kinderreichtum sprachen (z. B. Säkularisierungsprozeß, Kinder als Alterssicherung), als auch gleichzeitig solche entstanden, die es nahelegten, keine oder wenige Kinder zu besitzen (z. B. Konsumstreben, Wandel des weiblichen Rollenverständnisses, steigende weibliche Berufsqualifikation, Auflösung der Großfamilie, kinderfeindliche Umwelt). Zum dritten hat es die (moralischen, gesetzlichen und technischen) Möglichkeiten gegeben, das zuletzt genannte Ziel in die Tat umzusetzen. Rationalisierung, Individualisierung und Ökonomisierung des Lebens sind nach Bolte die relevanten Entwicklungstrends, die den Geburtenrückgang begünstigt haben.

Die Wandlung des weiblichen Rollenverständnisses dürfte nicht ohne Auswirkung auf die Einstellung der Männer gegenüber erwerbswirtschaftlicher Arbeit geblieben sein. Es besteht natürlich kein Zweifel, daß noch immer für die überwältigende Mehrheit der Männer der mittleren Altersklassen schon aufgrund der gesellschaftlichen Rollenerwartung die Kategorie der Nichterwerbspersonen keine Alternative ist. Allerdings kann auch nicht übersehen werden, daß sich das Arbeitsmarktverhalten in bestimmten sozialen Gruppen ansatzweise geändert hat und daß diese Wandlung auch eine Revision des Rollenbildes impliziert²⁶). Immerhin sind selbst die Erwerbsquoten der 30- bis 45jährigen Männer seit Anfang der 80er Jahre leicht rückläufig, und es ist sicher nicht auszuschließen, daß dies auch zum Teil in dem veränderten Frauenerwerbsverhalten begründet liegt²⁷). In den USA gibt es jedenfalls Anzeichen für einen derartigen Zusammenhang²⁸). Wahl zwischen Arbeit und „non-market-activity“ auch für einen Anteil der Männer würde nichts anderes bedeuten, als daß eine ansatzweise Wandlung männlichen Erwerbsverhaltens stattgefunden hat.

3.2 Nachfragerrelevante Einflußfaktoren

3.2.1 Konjunktureller Reagibilitätsgrad der Erwerbsbeteiligung

Eine theoretische Kontroverse gibt es hinsichtlich der Beziehung zwischen der Intensität der Nachfrage und dem Grad der Erwerbsbeteiligung. Die „additional-worker“- oder „added-worker“-Hypothese besagt in ihrer ursprünglichen Fassung, daß sich bei Arbeitslosigkeit des Haushaltsvorstandes andere Familienmitglieder genötigt sehen, in die „labor force“ einzutreten, um zu versuchen, das Haushaltsbudget aufzubessern²⁹). Später wurde dies so formuliert, daß in Rezessionszeiten notwendigerweise eine steigende Anzahl von „secondary workers“ erwerbstätig sein wolle, Arbeitslosigkeit und Erwerbsquoten also positiv korrelieren würden. Die „discouraged-worker“-Hypothese bezieht sich dagegen auf ein gerade entgegengesetztes Verhalten³⁰). Bedingt durch den Mangel an Arbeitsgelegenheiten würden sich viele sekundäre Arbeitskräfte, entmutigt nach vergeblicher Jobsuche, aus dem Erwerbsleben zurückziehen. Bei Überwiegen des Entmutigungseffekts, also der Existenz einer „stillen Reserve“, ergäbe sich ein negativer Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und den Partizipationsraten.

²⁶) Es lassen sich Hinweise finden, daß das Leitbild der traditionellen Männerrolle vor allem bei jüngeren und gut ausgebildeten Männern ins Wanken gerät. Vgl. z. B. Rerrich 1985; Beck 1984.

²⁷) Es ist allerdings auch zu beachten, daß die zunehmende Anzahl an Maßnahmen zur Umschulung und Weiterbildung die Erwerbsquoten negativ beeinflusst (die Teilnehmer zählen nicht zu den Erwerbspersonen).

²⁸) „Finally, the increased labor force activity of wives, coupled with a clear trend toward smaller families, has obviously relieved some American husbands of at least part of their breadwinning burdens, allowing them more freedom in the choice of jobs and in the work-leisure decisions“ (Deuterman 1977, S. 13).

²⁹) Die Zusatzarbeitskrafthypothese wird W. S. Woytinsky zugeschrieben. Vgl. Woytinsky 1940, S. 1, 17, 26; auch Humphrey 1940.

³⁰) Der Entmutigungseffekt wird mitunter auf Long zurückgeführt (vgl. Long, 1953): „It declines (the labor force, d. V.), but only slightly, when job opportunities are extremely scarce“ (S. 466).

Beide Hypothesen führen zu unterschiedlichen politischen Konsequenzen. Dominiert der Zusatzarbeitereffekt, so kann bei einer Verbesserung im Arbeitsplatzangebot damit gerechnet werden, daß sekundäre Arbeitskräfte sich wieder aus der Erwerbspersonen-Kategorie zurückziehen werden. Im gegensätzlichen Falle wird der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht dem Angebot an neuen Arbeitsplätzen entsprechen, weil eine Erhöhung des Arbeitsplatzangebots auch die Resignation verhindert bzw. reduziert und damit Personen, die sonst in die Kategorie der Nicht-Erwerbsbeteiligung wechseln würden oder bereits gewechselt sind, zur Arbeitsaufnahme veranlaßt.

Bei Dominanz des Entmutigungseffekts erfordert eine Reduktion der Arbeitslosigkeit um x % eine Ausdehnung des Arbeitsplatzangebots von $y \cdot x$ %, mit $y > 1$.

Es gilt aufgrund empirischer Evidenz als seit langem unbestritten, daß der „discouraged-worker“-Effekt überwiegt. Was das Zusatzarbeiterverhalten betrifft, so lagen bis vor wenigen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland unseres Wissens überhaupt keine empirischen Ergebnisse hinsichtlich einer zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit vor, die sich durch den Rückgang des Einkommens der arbeitslosen Männer erklären ließe (vgl. Hofbauer 1979, S. 227). Neuere Umfrageergebnisse aus einer Repräsentativbefragung lassen allenfalls „vermuten“, daß ein Zusatzarbeitereffekt in geringem Ausmaß existiert (vgl. Brinkmann 1980 b, S. 124). In diese Richtung weist auch das Resultat einer Arbeitnehmer- und (gesonderten) Arbeitslosenbefragung, die im Dezember 1981 im Lande Bremen durchgeführt wurde³¹⁾. Lediglich 4% der beschäftigten Frauen nannten unter verschiedenen Gründen (Mehrfachnennungen möglich) das Motiv „mußte Geld hinzuverdienen, da mein (Ehe-)Partner arbeitslos war. Bei dem zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslosen Frauen betrug der entsprechende Wert auch nur knapp 5%. Gibt es einen „added-worker-effect“, umfassen die veröffentlichten Schätzungen der stillen Reserve jedenfalls nicht die gesamte

Dimension der Entmutigung, welche aus einer konjunkturellen Abschwächung bzw. einem Arbeitsplatzdefizit resultiert.

Eine Überprüfung der Konjunkturreagibilität der Erwerbsquoten³²⁾ in einer Querschnittsanalyse wäre nur dann sinnvoll und möglich, wenn die Ursachen für voneinander abweichende regionale Arbeitslosenraten (Arbeitslosenraten als Konjunkturindikator) auch tatsächlich im konjunkturellen und nicht im historischen und strukturellen Bereich zu finden wären. Da gegenwärtig keine aktuellen Volkszählungsdaten in der Bundesrepublik zur Verfügung stehen, die Schätzung alters- und geschlechtsspezifischer Erwerbsquoten für Teilräume außerdem relativ ungenau ist, liegt es nahe, auf eine Zeitreihenanalyse zurückzugreifen. Der Einfluß der Unterbeschäftigung auf das Partizipationsverhalten läßt sich mittels einer Regression veranschaulichen. In der Analyse wurden als abhängige Variable neben der Erwerbsquote der 15- bis 65jährigen die einzelnen 5-Jahres-Altersklassen verwendet. Geschätzt wurde für die Personengruppen Männer und verheiratete Frauen unter Nutzung von jährlichen Mikrozensusdaten der Periode 1960 bis 1982. Neben dem Indikator gesamtwirtschaftliche, jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote wurde als zweite unabhängige Variable ein linearer Trendfaktor verwendet³³⁾.

Die Ergebnisse der Gruppe der verheirateten Frauen im erwerbsfähigen Alter deuten zweierlei an: Immer weniger Frauen lassen sich bei Arbeitslosigkeit aus der Erwerbsbevölkerung abdrängen und immer mehr bemühen sich trotz Arbeitslosigkeit um einen Arbeitsplatz (positiver Wert des Koeffizienten für die Altersgruppe 15-65 Jahre). Negative Parameter des Arbeitsmarktindikators treten nur bei den Altersklassen ab 45 Jahre auf. Eine unzureichende Nachfrage nach Arbeit führt in diesen demographischen Gruppen mithin leichter zum Rückzug aus der Erwerbsbevölkerung aus Resignationsgründen. Bemerkenswert sind die Resultate für jüngere Frauen, da hier durchweg positive Parameter in Erscheinung treten. Teilt man die Periode 1962/1982 in die Zeiträume 1960 bis 1970 sowie 1970 bis 1982 auf, so wird das unterschiedliche Erwerbsverhalten der Frauen in beiden Phasen erkennbar. Im Zeitraum 1960 bis 1970 läßt sich für die Gesamtheit der Frauen (15-65 Jahre) noch eine deutliche negative Beziehung zwischen Erwerbslosigkeit und Erwerbsbeteiligung nachweisen. In der Periode 1970/1982 ist kein inverser Zusammenhang mehr feststellbar. Es kann somit ein Strukturbruch im Erwerbsverhalten der Ehefrauen um das Jahr 1970 vermutet werden.

Bei der Interpretation der positiven Parameter ist insofern Vorsicht geboten, als man aus den „Zusatzarbeitereffekten“ der Altersgruppen bis 45 Jahre nicht schließen sollte, daß keine arbeitsmarktbedingten Abdrängungsprozesse mehr unter den verheirateten Frauen dieser Gruppe stattfinden. Diese Reaktionen werden allerdings erst dann sichtbar, wenn man die Arbeitsmarktanalyse nicht auf die Bestandsuntersuchung beschränkt. Eine „stille Reserve“ von entmutigten Frauen besteht auch bei den unter 45jährigen, nur werden in dieser Gruppe die resignativen Effekte von dem ungebrochen positiven Trend zur Erwerbsbereitschaft überschattet.³⁴⁾

Es ist unseres Erachtens unzutreffend, das Wachstum der Frauen-Erwerbsbeteiligung nach 1970 lediglich als Ergebnis der zunehmenden Relevanz des „added-worker-effects“ zu interpretieren. Wir sehen in den positiven Koeffizienten weniger ein Hervortreten des „additional-worker-effects“³⁵⁾ (verstanden im strengen Sinne als zusätzliches Arbeitsange-

³¹⁾ Die Befragung erfolgte im Rahmen des Projekts „Arbeitsplatz- und Arbeitsmarktsituation im Lande Bremen“, durchgeführt von der Zentralen Wissenschaftlichen Einrichtung „Arbeit und Betrieb“ an der Universität Bremen.

³²⁾ Bekanntlich hat das IAB für Analyse und Prognose der Angebotsseite des Arbeitsmarktes das Potentialkonzept entwickelt. Ziel dieses Konzeptes ist es, das aktivierbare Arbeitskräfteangebot bzw. das konjunkturelle Erwerbspersonenpotential zu bestimmen. Der Potentialbegriff, der mit der in Hochbeschäftigungssituationen verwirklichten Erwerbsbeteiligung verbunden ist, umfaßt „alle Personen, die bei günstiger Arbeitsmarktlage bereit, geeignet und nach den persönlichen Voraussetzungen in der Lage sind, eine entsprechende Beschäftigung auszuüben“ (vgl. Klauer, Kühlewind 1980, S. 9/10). Das Arbeitskräftepotential birgt neben den statistisch ausgewiesenen Erwerbspersonen eine „stille Reserve“, die in ein aktives und ein inaktives Segment aufgeteilt werden kann. Konjunkturelle Schwankungen schlagen sich nicht in Variationen des Niveaus der vom IAB geschätzten Potentialerwerbsquoten nieder, sondern verändern lediglich die Potentialstruktur von Erwerbstätigen, registrierten Arbeitslosen und stiller Reserve.

³³⁾ Im Bewußtsein dessen, daß eine lineare Trendvariable nur eine grobe Kennziffer für die nicht berücksichtigten Bestimmungsgrößen darstellt.

³⁴⁾ Untersuchungen der Arbeitsmarktströme in der Bundesrepublik Deutschland weisen auf deren merkliche Konjunkturabhängigkeit hin. So stößt der Strom aus der Nichterwerbsbeteiligung hin zur Erwerbstätigkeit, der zum großen Teil aus wieder in den Arbeitsprozeß strebenden Frauen besteht, in Perioden unzureichender Arbeitskräftenachfrage auf Widerstand. Dies hat zur Folge, daß ein Teil der Betroffenen in die Kategorie „registrierte Arbeitslosigkeit“ oder „stille Reserve“ abgedrängt wird. Das Risiko, aus der Erwerbsbevölkerung auszuschneiden, ist außerdem viel größer für einen registrierten Arbeitslosen als für einen Erwerbstätigen, d. h. registrierte Arbeitslosigkeit wird im beträchtlichen Maße durch Ströme in die Nicht-Erwerbsbeteiligung abgebaut. Vgl. Reyher, Bach 1980; von Rosenblatt, Büchtemann 1980; Büchtemann 1982. Zur Entwicklung der „stillen Reserve“ siehe Autorengruppe 1985, „Arbeitskräftebilanz“ S. 29; Thon 1984, Tab. 3-6.

³⁵⁾ So Langkau für die Periode 1971 bis 1975 (vgl. Langkau 1977, S. 99). Siehe auch Cremer 1981, S. 53 ff.

bot bei Arbeitslosigkeit des Ehepartners), als vielmehr ein Fortbestehen der positiven Erwerbsneigung auch bei sich verschlechternden Arbeitsmarktbedingungen (ohne einen solchen „klassischen“ Zusatzeffekt ganz auszuschließen). Die Widerstandskräfte der Frauen gegen Abdrängungsversuche aus dem Arbeitsmarkt haben jedenfalls zugenommen. Das Nachfragedefizit konnte die beruflichen Emanzipationsbestrebungen bis jetzt nicht aufhalten und der Trend zur beruflichen Kontinuität hält ungeachtet der Massenarbeitslosigkeit an.

Was die Schätzergebnisse für Männer betrifft, so ergibt sich ein völlig anderes Bild als bei den verheirateten Frauen. Männer im erwerbsfähigen Alter reagieren auf Unterbeschäftigung mit einem (temporären) Rückzug aus der erwerbswirtschaftlichen Arbeit – in diesem Sinne muß das Resultat für die Altersgruppe 15 bis 65 Jahre gedeutet werden. Altersmäßig spezifiziert läßt sich sagen: Eine Tendenz zum Zusatzeffektverhalten bei jungen Männern (15-20 Jahre), deutliche Resignations-Verhaltensweisen bei Männern der höchsten Alterskategorie und starke trendmäßige Abnahmen in eben diesen Klassen (verlängerte Ausbildung bzw. vorgezogene Altersgrenze). Als überraschend muß gewertet werden, daß sich selbst in den mittleren Altersklassen leicht negative Koeffizienten ergeben. Dies läßt Zweifel hinsichtlich der in der Regel unterstellten konstanten Erwerbsbeteiligung dieser Männer aufkommen. Aus der getrennten Schätzung für die Perioden 1960 bis 1970 sowie 1970 bis 1982 ist zu entnehmen, daß das Arbeitskraftangebot der Männer in der zweiten Periode elastischer auf Schwankungen der Nachfrage reagiert hat. Ein erkennbarer Unterschied in den Ergebnissen der Subperioden zeigt sich gerade in der Erwerbsbeteiligung des harten Kerns der „Primärarbeiter“. Nach 1970 sind hier signifikant negative Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Partizipation festzustellen (Klassen 25-30; 30-35; 40-45 Jahre). Dies bekräftigt unsere Skepsis bezüglich des den Primärarbeitern zugeschriebenen arbeitsmarktunabhängigen Verhaltens.

Es kann zusammengefaßt werden, daß mit wachsender Arbeitsmarktbindung der Frauen eine Zunahme der Angebotselastizität bzw. größere konjunkturelle Sensibilität der Männer einherging. Regressionsanalytisch nachgewiesene „discouraged-worker“-Effekte selbst in den „primary-worker“-Altersklassen sind ein bemerkenswertes Ergebnis. Es ist zu vermuten, daß die veränderten geschlechtsspezifischen Verhaltensweisen nicht unabhängig voneinander entstanden sind, d. h. der Wandel im Partizipationsverhalten der Frauen dürfte mitverantwortlich für die größere Angebotselastizität der Männer bzw. deren zeitweiligen Rückzug in die stille Reserve sein.

3.2.2 Struktureller Reagibilitätsgrad der Erwerbsbeteiligung

Niveau und Struktur des regionalen Arbeitsplatzangebots, der sektorale und technologische Wandel und das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen sind Faktoren, die sich eher langfristig durch Variationen der Erwerbsquoten ausdrücken. Auch Strategien der Arbeitszeitflexibilisierung, der generellen Arbeitszeitverkürzung, der Humanisierung der Arbeit sowie der Abbau frauen-diskriminierender Einstellungen seitens der Arbeitgeber sind Nachfrage-Komponenten, die man als strukturelle Determinanten der Erwerbsbeteiligung bezeichnen kann. Wie schon in Kapitel 3.1 soll auch hier nicht auf alle Faktoren eingegangen werden. Wir konzentrieren uns auf die zuerst genannte Gruppe mit den offensichtlich einflußreicheren Bestimmungsgründen. Bei den restlichen Determinanten ist es zudem äußerst schwierig, deren Wirkungen empirisch-analytisch zu überprüfen bzw. zu quantifizieren. An geeigneten Daten mangelt es allerdings nicht nur dort. Um beispielsweise den Zusammenhang zwischen dem regionalen Arbeitsplatzangebot und der gruppenspezifischen Partizipation zu verdeutlichen, sind Mikrozensus-Daten nicht geeignet, da keine Angaben auf Kreisebene (wie bei der Volkszählung) zur Verfügung stehen³⁶).

Man kann jedoch davon ausgehen, daß gerade die Existenz einer Beziehung zwischen dem regionalen Arbeitsplatzangebot und den regionalen Erwerbsquoten unbestritten ist, da eine Fülle entsprechender Ergebnisse aus dem In- und Ausland vorliegt. Zwischen der Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen und der Verfügbarkeit von „Frauenarbeitsplätzen“ besteht hiernach ein eindeutig positiver Zusammenhang. Die Entscheidung eines Individuums, ins Erwerbsleben einzutreten, ist nun einmal nicht unabhängig von dem Bestand an geeigneten Arbeitsplätzen³⁷). Gruppenspezifische Erwerbsquoten sind, um es zuzuspitzen, abhängige Variablen der gruppenspezifischen Erwerbsmöglichkeiten³⁸). In der Querschnittsbetrachtung läßt sich im Gegensatz zur Zeitreihenanalyse auch eindeutiger beurteilen, ob Impulse für einen Anstieg der Erwerbsbeteiligung primär von der Angebots- oder von der Nachfrageseite ausgegangen sind. Die Ursache für die Divergenz regionaler Erwerbsquoten könnte nämlich nur dann dem Angebot zugeschrieben werden, wenn man bei relativer Übereinstimmung demographischer Strukturen unterstellt, daß sich stark unterschiedliche Wirkungsgrade der persönlichen Einflußfaktoren (etwa der subjektiven Einstellungen) in den verschiedenen Teilräumen einer Gebietseinheit zeigen. Im anderen, realistischeren Falle muß die Nachfrage als Impulsgeber aufgefaßt werden, und die mitunter beträchtlich voneinander abweichenden regionalen Partizipationsraten sind dann die Folge variierender Strukturen des Arbeitsplatzangebots.

Sektoraler und technologischer Wandel

In den Vereinigten Staaten wurde schon sehr früh die These vertreten, daß die Partizipationsrate der „secondary workers“ entscheidend von der Anzahl der „suitable job openings“ abhängt (vgl. *Wilcock* 1957, S. 176). Mittlerweile ist man überzeugt, daß es in allen OECD-Ländern eine geschlechtsspezifische Nachfrage gibt, deren Ausmaß sehr an die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur gekoppelt ist (vgl. *OECD* 1980; *Durand-Droubin* 1981). Die im Zuge der Anteilsveränderungen des primären, sekundären und tertiären Sektors entstehenden „industrial and occupational shifts“ haben nach *Oppenheimer* die Erwerbstätigkeit von Frauen provoziert. Eine steigende Erwerbsbeteiligung kam deshalb zustande, weil sich das Angebot als empfänglich für die von der Nachfrageseite ausgehenden Impulse erwies³⁹).

³⁶ Es ist allerdings in bestimmtem Umfang möglich, regionalisierte Erwerbsquoten auf der Grundlage des Mikrozensus zu schätzen (vgl. Gatzweiler, Runge 1982).

³⁷ „The extent to which women work depends on the local demand for female work, . . . depends on the economic structure of the region, i. e. on the supply of suitable jobs“ (Albeda 1977, S. 26/27).

³⁸ In einer multiplen Querschnittsregression (Datenbasis Volkszählung 1979) ermittelte Langkau für den Koeffizienten der regionalen Arbeitsplatzstruktur unter allen Nachfrage-Variablen den höchsten Wert (vgl. Langkau 1977, S. 274 ff.).

³⁹ „In other words, it appears that demand has been the dominant factor in the Situation, and supply has adjusted itself to demand“ (Oppenheimer 1970, S. 187/188 bzw. 64 ff.).

Einen Beitrag zur verstärkten Frauenerwerbsbereitschaft scheinen insbesondere das Wachstum des Dienstleistungssektors und der damit einhergehende Wandel der Berufsstruktur geleistet zu haben, da durch diese Entwicklung neue Berufsbilder entstanden sind, die für Frauen zugänglich waren. Auch in der Bundesrepublik haben sich die Anteilswerte der Sektoren entsprechend der Drei-Sektoren-Hypothese *Colin Clarks* verändert. Die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft und im warenproduzierenden Gewerbe hat relativ abgenommen, während die Beschäftigung im Dienstleistungssektor relativ gestiegen ist. Zwischen 1960 und 1982 stieg die Beschäftigung im Tertiärbereich von ca. 10,0 Millionen auf 13,3 Millionen, und die Anteile der Wirtschaftsbereiche veränderten sich von der Relation 13,7%/47,9%/38,3% zum Verhältnis 5,4%/42,7%/51,9%. Von 1971 bis 1982 etwa nahm die Frauenbeschäftigung im tertiären Sektor um 28,9% gegenüber 19,8% bei den Männern zu. Die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung (1971-1982: Frauen + 635 000 Arbeitsplätze bzw. +6,7%; Männer + 36000 bzw. +0,002%) läßt die Frauen im längerfristigen Vergleich als das erfolgreichere Geschlecht erscheinen⁴⁰). Innerhalb des Dienstleistungssektors expandierte die Frauen-Beschäftigung vornehmlich in den Abteilungen Gebietskörperschaften und Sozialversicherung (+48,3%; 1971-1982), Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe (40,4%), sonstige Dienstleistungen (40,0%; aufgrund der hohen Ausgangsposition ein Zuwachs von allein 841 000 Arbeitsplätzen) und Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte (36,9%). Der öffentliche Dienst im allgemeinen, das Gesundheits- und Erziehungswesen im besonderen sind die Bereiche, die die Arbeitsplatzzuwächse primär getragen haben.

Im Dienstleistungsbereich ging der technische Wandel in der Vergangenheit weniger zügig vonstatten, was mit ein Grund gewesen sein dürfte, daß sich dieser Bereich zur Domäne der Frauen entwickelte. Für die Zukunft ist allerdings ungewiß, ob mit dem forcierten Einzug der Mikroelektronik nicht gegenteilige Wirkungen erzielt werden. Zumindest bedroht die neue Technologie primär die weiblichen Arbeitskräfte, was insofern auf der historischen Linie liegt, als (relativ) unqualifizierte Tätigkeiten – die häufig von Frauen ausgeübt werden – immer schon bevorzugte Zielscheibe des technologischen Wandels waren. Eine Tendenz zur geschlechtsspezifischen Polarisierung ist bereits erkennbar (vgl. *Friedrich, Hellmich* 1983), obwohl sich mit der Entwicklung der Technologie prinzipiell die Arbeitsanforderungen (Arbeitsplatzprofile) an Männer und Frauen angleichen – eine Tatsache, die in der Vergangenheit allerdings auch keine geschlechtsspezifische Spaltung verhindert hat.

Die Bedeutung des sektoralen Wandels für die Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen läßt sich gut mittels einer Regressionsanalyse „beschreiben“. Schätzt man mit Jahres-

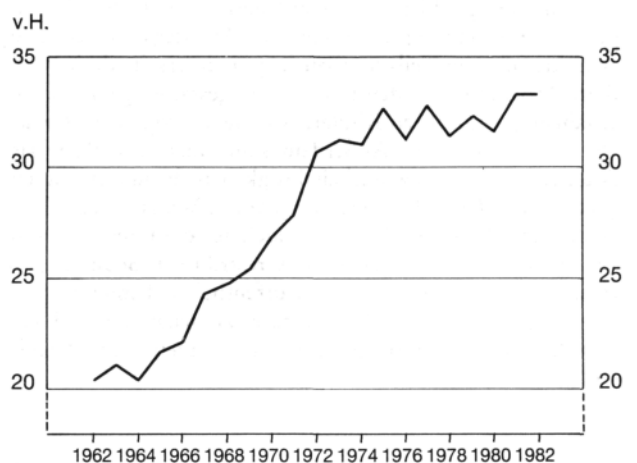
daten der Periode 1969-1982 und der unabhängigen Variablen „Anteil der Erwerbstätigen (Männer und Frauen) im tertiären Sektor je Erwerbstätigen in der gesamten Wirtschaft“, so zeigt sich der erwartete positive Zusammenhang. Entsprechend der Schätzgleichung steigt die Erwerbsquote der verheirateten Frauen im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre) durchschnittlich um 1,08 Prozentpunkte, wenn sich der tertiäre Sektor um einen Prozentpunkt zu Lasten der anderen Sektoren ausweitet. Immerhin 95% der Schwankungen der Erwerbsquoten werden durch die unabhängige Variable „erklärt“. Die stärkste Wirkung übt der sektorale Wandel auf die Partizipationsraten der 25- bis 30jährigen Frauen aus (Koeffizient 1,68) und läßt dann mit wachsendem Alter kontinuierlich nach.

Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen

Das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen wird im allgemeinen als wesentlicher Bestimmungsgrund der weiblichen Erwerbsbeteiligung angesehen. Wie sich die Teilzeitarbeit⁴¹) in der Bundesrepublik entwickelt hat, wird aus Abbildung 3 deutlich. Sie ist inzwischen zu einem maßgeblichen Faktor herangewachsen. Nach einem insbesondere bis 1973 gültigen deutlich positiven Trend ist allerdings in den Jahren danach eine gewisse Stagnation erkennbar⁴²). Daten der jüngeren Vergangenheit verweisen jedoch wieder auf eine spürbare Zunahme der Teilzeitbeschäftigung. Unter den Krisenbedingungen der Periode 1980/1984 wuchs die Anzahl der weiblichen Teilzeitkräfte prozentual weitaus stärker, als die Zahl der Frauen-Vollzeitarbeitsplätze abnahm (vgl. WISTA 7/1985) – eine Entwicklung, die die Teilzeitquote natürlich weiter ansteigen läßt. Mehr als 90% der teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in der Bundesrepublik sind Frauen, die vorrangig im Dienstleistungssektor tätig sind. In etwa jede dritte Frau ist gegenwärtig als Teilzeitbeschäftigte (in dieser weiten Fassung; siehe Abb. 3) erwerbstätig. In der Bundesrepublik Deutschland sind aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung und des offensichtlich großen Interesses der Frauen an einer Beschäftigung unter Normalarbeitszeit verschiedene Untersuchungen/Befragungen zum Thema Teilzeitarbeit durchgeführt worden, wovon einige relevante Ergebnisse hier kurz zusammengefaßt werden sollen⁴³):

Abbildung 3: Teilzeitquote der Frauen

Anteil der weiblichen Erwerbstätigen mit ≤ 39 Std./Woche an den weiblichen Erwerbstätigen insgesamt – tatsächlich geleistete Wochen-Arbeitsstunden –



Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse der Mikrozensus, Fachserie A, Reihe 6; Fachserie 1, Reihe 4.1.1; eigene Berechnungen.

⁴⁰) Diese Einschätzung verstärkt sich noch, wenn nur die abhängig Beschäftigten (also ohne Selbständige und mithelfende Familienangehörige) in die Untersuchung einbezogen werden. Der Begriff „erfolgreicher“ ist nur auf das Beschäftigungsniveau bezogen, nicht auf die Arbeitslosenquoten.

⁴¹) Teilzeitarbeit hier verstanden als Beschäftigungsform, die es Arbeitskräften ermöglicht, regelmäßig weniger als die gesetzliche, tarifliche oder in Unternehmen übliche Wochenarbeitszeit abzuleisten. Auf definitorische und methodische Feinheiten hinsichtlich der Abgrenzung zur Vollzeitarbeit oder der Behandlung geringfügig Beschäftigter soll hier nicht näher eingegangen werden.

⁴²) Leichte Schwankungen des Anteils können mit dem Mikrozensus-Stichprobenfehler zusammenhängen.

⁴³) Vgl. Weltz 1971, S. 205ff.; WISTA 2/1977, S. 91 ff.; Hofbauer 1979, S. 232ff.; Brinkmann 1979; Hofbauer 1981; Brinkmann, Kohler 1981; Brinkmann 1981; Thon 1981 a.

- Die Höhe der Erwerbsbeteiligung von Müttern ist augenscheinlich zu einem wesentlichen Anteil von der Verfügbarkeit von Teilzeitarbeitsplätzen abhängig – Familienstand und Kinderzahl sind die dominanten Merkmale unter allen überprüften Variablen. Drei von vier abhängig teilzeitbeschäftigten Frauen zählen zur demographischen Gruppe Ehefrauen mit Kindern.
- Die mittleren Altersgruppen (25-45 Jahre) weisen die höchste Teilzeitquote auf.
- Schulbildung, Berufsbildung und Stellung im Beruf sind Faktoren, denen kein besonders großer Erklärungswert hinsichtlich der Teilzeitbeschäftigung zukommt (was nicht ausschließt, daß in einzelnen Berufen große Unterschiede bezüglich des Frauenanteils in Teilzeitarbeit bestehen). In den niedrigeren Qualifikationsgruppen überwiegen allerdings die Teilzeitanteile, bei Angestellten deutlicher als bei Arbeiterinnen.
- Die Teilzeitquote ist tendenziell höher in Berufen mit niedrigerem Durchschnittsverdienst. Die bei gleicher Tätigkeit erzielten Stundenverdienste von Voll- und Teilzeitkräften sind bei Angestellten nahezu identisch, während in der Gruppe der Arbeiterinnen die Teilzeitkräfte fast ausnahmslos geringer entlohnt werden.
- Diejenigen Frauen, die sich ihren Unterhalt verdienen müssen, gehen einer Teilzeitbeschäftigung viel seltener nach als anderweitig finanziell abgesicherte Frauen. Außerdem liegt die Teilzeitquote von Ehefrauen mit geringem Haushaltsbudget deutlich unter derjenigen von verheirateten Frauen mit höherem Haushaltsnettoeinkommen.

Einen Hinweis auf die Bedeutung der Teilzeitarbeit für die Frauen-Partizipation erhält man, wenn man nach den Arbeitszeitpräferenzen sowohl der Erwerbstätigen als auch der Nicht-Erwerbstätigen fragt. Eine Untersuchung über Berufsverläufe bei Frauen im Jahre 1978 erbrachte, daß drei von vier Frauen, die nach einer Unterbrechung wieder berufstätig sein wollen, eine Teilzeitbeschäftigung anstreben (vgl. Hofbauer 1979, S. 233, Tab. 26). Von den voll berufstätigen Frauen würde gerne jede zweite weniger Stunden arbeiten. Es ist empirisch abgesichert, daß die Nachfrage nach Teilzeitarbeitsplätzen in der Vergangenheit erheblich zugenommen hat (vgl. Wetz 1971 bzw. Brinkmann 1979), ungeachtet der Tatsache, daß Teilzeitarbeit in den derzeit ausgeübten Formen oftmals geknüpft ist an minderwertige und unsichere Frauenarbeitsplätze mit anspruchslosen Anforderungsprofilen, standardisierten Arbeitsabläufen, geringer Entlohnung und schlechten Aufstiegschancen. Die Attraktivität von Teilzeitarbeit liegt andererseits darin, daß diese Arbeitsform es den Frauen eher gestattet, gemeinsame Erfahrungen mit ihren Kindern zu erleben (vgl. Wolf-Graaf 1985; Gensior 1984). Außerdem sollte man ihre Rolle als Alternative zur Vollzeitarbeitslosigkeit nicht unterschätzen (vgl. Kurz-Scherf 1985). Der ausgeprägte Wunsch nach Teilzeitarbeit läßt sich deshalb u. a. auch auf die Interessen von Frauen zurückführen, sich trotz restriktiver Bedingungen (Defizit an Arbeitsplätzen und öffentlichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten) am Arbeitsmarkt zu behaupten und den beruflichen Integrationsprozeß fortzusetzen (vgl. Müller 1985).

⁴⁴⁾ Der positive Zusammenhang läßt sich auch regressionsanalytisch nachweisen (vgl. Thon 1981 b, S. 304/305, mit Zeitreihendaten; Langkau 1977, S. 274 ff., mit Querschnittsdaten).

Zieht man ein Fazit, kann die These des positiven Einflusses des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen bestätigt werden⁴⁴⁾. Für den Anstieg der Frauen-Erwerbsquote in der Vergangenheit war hauptsächlich die verstärkte Partizipation der Ehefrauen und Mütter verantwortlich. Deren wachsender Einstieg ins Erwerbsleben aber ist gekoppelt an eine beträchtlichen Zunahme des Teilzeitangebots. Der Prozeß der zunehmenden Berufsorientierung der Frauen ist allerdings keineswegs allein von der Verfügbarkeit von Teilzeitarbeitsplätzen abhängig, wie die Entwicklung nach 1975 zeigt. Während die Anzahl der abhängig beschäftigten Frauen, die normalerweise weniger als 40 Stunden in der Woche arbeiten, von 1976 bis 1984 kräftig zunahm (+16%), erhöhte sich nämlich auch merklich die Anzahl der vollzeitbeschäftigten Frauen (+7%); vgl. WISTA 7/1985).

3.3 Infrastrukturelle und institutionelle sowie wirtschafts- und sozialpolitische Einflußfaktoren

Bestimmungsgründe der Erwerbsbeteiligung liegen nicht nur im angebots- oder nachfragebezogenen Bereich. Es verbleibt der in der Überschrift genannte Komplex, der durch die Wirkung auf das Angebot und die Nachfrage direkt oder indirekt Partizipationsentscheidungen beeinflusst. Daß es sich bei infrastrukturellen, politischen und rechtlichen Faktoren um ein weitreichendes Feld handelt, ist offensichtlich. Das Spektrum erstreckt sich hier von der Bedeutung siedlungsstruktureller Gegebenheiten über den Effekt von Ausbildungs- und Pensionierungsregelungen bis hin zum Stellenwert von Arbeitsmarkt- und Familienpolitik. Wir wollen uns darauf beschränken, lediglich einige relevante Punkte stichwortartig zusammenzufassen.

Quantitativ entscheidende Einflußfaktoren der Erwerbsbeteiligung sind zweifelsohne die *Ausbildungs-* und die *Ruhe-Standsregelungen*. Der drastische langfristige Rückgang insbesondere der Erwerbsquoten der 15- bis 20jährigen und der 60- bis 65jährigen ist in erster Linie auf die Wirkung dieser Determinanten zurückzuführen. Die zunehmende Partizipation der verheirateten Frauen ist vom Rückgang des Arbeitsangebots der Jugendlichen und Älteren mehr als kompensiert worden, d. h. in der Vergangenheit dominierte insgesamt gesehen die institutionelle über die Verhaltenskomponente. In den siebziger Jahren war der durch verlängerte Ausbildungszeiten bedingte Entzugseffekt bei den weiblichen Jugendlichen noch stärker als bei den männlichen Jugendlichen. Bei den Älteren wirkten sich vor allem die Veränderungen des Rentenrechts aus (Einführung der flexiblen Altersgrenze am 1. 1. 1973; „59er-Regelung“). Gesundheitlich eingeschränkte Arbeitslose, die kurz vor dem Pensionierungsalter stehen, scheiden häufig wegen „Abgang in Rente“ aus der Arbeitslosigkeit bzw. der Erwerbspersonenkategorie aus.

Grundsätzlich partizipations-stimulierend haben auf längere Sicht gewirkt:

- die *institutionelle Ausgestaltung des Sozialversicherungssystems* (z. B. die Aussicht, einen Rentenanspruch oder Arbeitslosenunterstützung zu erhalten),
- die *Ausweitung sozialstaatlicher Maßnahmen* ganz allgemein (z. B. Krankengeld- und Urlaubsregelungen, die finanzielle Unterstützung von Schülern und Studenten),
- der *Ausbau sozialer Infrastruktureinrichtungen*, der stark dazu beigetragen hat, die Externalisierung familiärer Pflichten zu ermöglichen (Zunahme von Kindergärten, -horten, -tagesstätten),

- die *Reform des Ehe- und Familienrechts* im Jahre 1976 (die vordem rechtlich marginal definierte Erwerbstätigkeitsstellung der Frau wurde aufgehoben),
- das *neue Scheidungsrecht* (von geschiedenen Frauen wird eine Erwerbstätigkeit erwartet),
- die *partielle Lockerung im Frauenarbeitschutz* (Aufhebungen von Verboten und Beschränkungen; z. B. Zulassung von Frauen für Arbeiten im Bauausbau- und Bauhilfsgewerbe).

Negative Effekte gingen aus von:

- den *Steuervorschriften bzw. Steuerveranlagungsverfahren* (das seit 1958 praktizierte „Splitting“ macht bei einem hohen Verdienst des Mannes eine Erwerbstätigkeit der Ehefrau kaum noch lohnenswert⁴⁵),
- den *finanziellen Problemen der öffentlichen Hand* im Zuge der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise.

Der zuletzt genannte Punkt kann kurz erläutert werden. Der enge finanzielle Spielraum bzw. die Priorität, die in der Bundesrepublik der Sanierung der Finanzen eingeräumt wird, wirkte sich auf unterschiedlichen Politikfeldern aus. Sie verhinderte etwa einen weiteren zügigen Ausbau der sozialen Infrastruktur und ging zu Lasten von *Arbeitsmarkt- und Familienpolitik*⁴⁶. Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik (Einschränkung mit Beginn der Krise 74/75, Ausweitung in den Erholungsjahren 78-80, erneute Einschränkung parallel zur Verschärfung der Beschäftigungskrise 81/82) ist ein gutes Beispiel für den prozyklischen Charakter staatlicher Strategien (vgl. *Webber* 1982). Insbesondere das im Dezember 1981 verabschiedete Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz kann als Beleg für die Tatsache herangezogen werden, daß gerade dann, als ein forciertes Einsatz staatlicher Interventionen vonnöten war, Einschnitte bei der Arbeitsmarktpolitik vorgenommen wurden⁴⁷. Die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit sind seit Beginn der Beschäftigungskrise zwar beträchtlich gestiegen, gleichzeitig hat jedoch eine Strukturverschiebung in Form einer Zunahme der kompensatorischen Mittel (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe) bzw. einer Abnahme der operativen Leistungen (aktive Arbeitsmarktpolitik) stattgefunden.

Wie sich *Erziehungsgeldgesetz* und *Beschäftigungsförderungsgesetz* auf die weibliche Erwerbsbeteiligung auswirken werden, ist noch nicht hinreichend zu beurteilen. Einerseits ist vorstellbar, daß das Erziehungsgeld ein Ausscheiden von Frauen aus dem Arbeitsmarkt fördert, andererseits entsteht

bedingt durch den möglichen Ersatzbedarf der Unternehmen über die Wirkungen auf die Arbeitslosenkatgorie hinaus ein Mobilisierungseffekt bei der Nichterwerbsbevölkerung. Die Umwandlung der Arbeitsplatzgarantie des Mutterschaftsurlaubsgesetzes in eine mit wesentlichen Ausnahmen versehene Beschäftigungsgarantie im Rahmen des Erziehungsgeldgesetzes ist jedenfalls nicht dazu angetan, die Entwicklung hin zur größeren Kontinuität der Frauenerwerbstätigkeit zu unterstützen.

Aufwertung der Ausgliederungsstrategien – auf diesen kurzen Nenner läßt sich zusammenfassend staatliches Handeln in Zeiten massiver Unterbeschäftigung bringen. Ältere, Frauen und Ausländer sind bevorzugt betroffene Personengruppen, da sie in der Regel über ein geringeres Widerstandspotential Ausgliederungsbestrebungen gegenüber verfügen⁴⁸. Summa summarum gingen von den politisch-rechtlichen Einflußfaktoren seit Beginn der Arbeitsmarktkrise 1973/74 vorwiegend partizipations-reduzierende Impulse aus.

4. Zusammenfassende Beurteilung

(1) Obwohl nicht alle Bestimmungsgründe der Erwerbsbeteiligung angesprochen werden konnten⁴⁹, hat die vorangegangene Diskussion gezeigt, daß das Arbeits(kraft)angebot durch eine Vielzahl von Faktoren determiniert wird, deren Einfluß sich im Zeitablauf verändert. Die Analyse ergab, daß das Arbeitsmarktverhalten der Frauen kaum noch dem in der Dreiphasentheorie postulierten Muster entspricht und daß die Frauenerwerbstätigkeit im Begriff ist, ihren marginalen Erwerbscharakter vollständig zu überwinden. Der Faktor Nachfrage nach Arbeit nimmt bezüglich des Niveaus der Gesamterwerbsbeteiligung sicherlich eine Schlüsselfunktion ein. Eine hohe Arbeitsnachfrage führt aber nur dann zu einer Steigerung der Partizipationsraten spezifischer Gruppen, wenn diese Gruppen eine Bereitschaft aufweisen, erwerbstätig zu werden. Die Nachfrage muß also auf ein „aufgeschlossenes“ Angebot treffen. Die eigenständige Kraft der Angebotsfaktoren (z. B. Normen und Rollenbilder) wird etwa darin deutlich, daß sich die konjunkturelle Reagibilität der Frauen-Erwerbsbeteiligung nach 1970 spürbar verringert hat und daß das Nachfragedefizit die beruflichen Emanzipationspläne der Frauen kaum hemmen konnte. Die Entwicklung nach 1970 ist ein Schritt in Richtung der permanenten und selbstverständlichen erwerbswirtschaftlichen Frauenarbeit. Sie ist gleichzeitig ein Beleg für die Zunahme der Angebotselastizität der Männer-Partizipation⁵⁰.

Kurzfristig reagiert das Arbeitsangebot im ganzen gesehen relativ träge. Langfristig sind unseres Erachtens nicht monetäre Faktoren, sondern die Nachfrage nach Arbeit sowie gesellschaftliche Normen, Wertvorstellungen und Rollenbilder die entscheidenden Determinanten der Partizipation. Aufgrund der komplexen Wirkungsverläufe und der Interdependenz von Angebots- und Nachfragedeterminanten muß man die Erwerbsbeteiligung als „Marktphänomen“ und keineswegs als lediglich angebots- oder nachfrageorientierte Größe begreifen. Unzureichend ist es vor allen Dingen, Veränderungen oder Abweichungen von Partizipationsraten ausschließlich oder primär mit der Entwicklung monetärer Variabler zu begründen. Weder ist, um einige Beispiele zu nennen, die gravierende Diskrepanz zwischen der Erwerbsbeteiligung in Schweden oder Dänemark einerseits und Holland andererseits (Frauen-Erwerbsquoten 15-65 Jahre 76,6%, 74,2% bzw. 39,8%; OECD-Daten 1983), noch diejenige in den Bundesländern Bayern und Saarland (57,9%

⁴⁵ In Schweden ist aufgrund der völlig getrennten Besteuerung eine Begünstigung der Hausfrauenehe nicht gegeben.

⁴⁶ Die Familienpolitik kann auch durch ideologische Offensiven Ekifluß geltend machen (Beispiel: 3. Familienbericht der Sachverständigenkommission der Bundesregierung, 1979). Indem man anstrebt, daß Frauen die Identifikation mit der Rolle der „Nur-Hausfrau“ wieder leichter fällt, Kindererziehung wieder anerkennender bewertet wird und die Integration der Frauen ins Berufsleben nicht mehr als Hauptziel erscheint, bereitet man den Boden für Privatisierungskonzepte und Ausgliederungsprozesse. Die Wiederbelebung des Begriffs „Doppelverdienertum“ paßt in dieses Klima. Nach Mattfeldt (1985, S. 42) ist „der Versuch, mit ideologischen und/oder praktischen Mitteln die Frauenerwerbstätigkeit zu vermindern, . . . fast eine gesetzmäßige Begleiterscheinung der Krise“.

⁴⁷ Erst seit 1983 werden wieder mehr Mittel für das wirksame Instrument „ABM“ (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme) bereitgestellt.

⁴⁸ Den Wandel in der Ausländerpolitik markiert der Anwerbestopp, der im November 1973 verfügt wurde.

⁴⁹ Erörterenswert wäre z. B. auch die Frage, ob die Erwerbsbeteiligung von der Entwicklung der informellen Ökonomie, der „Schattenwirtschaft“, beeinflusst wird. Vgl. hierzu Cornetz 1985, S. 269-291.

⁵⁰ Diese größere Angebotselastizität schlägt sich im IAB-Konzept in einer höheren Sensitivität der Potentialstruktur nieder (siehe Anmerkung 32).

bzw. 37,3%; EG-Arbeitskräftestichprobe 1984) mit Unterschieden in der Entwicklung monetärer Größen hinreichend zu erklären. Gleiches gilt für die Tatsache, daß in Duisburg 300, in Essen 368, in Köln 455 und in West-Berlin 531 von 1000 weiblichen Einwohnern zwischen 15 und 65 Jahren (Sozialversicherungspflichtig) erwerbstätig sind (Beschäftigtenstatistik und fortgeschriebene Bevölkerung zum 31. 12. 1983). Kulturell, soziologisch und institutionell abgeleitete sowie auf das Arbeitsplatzangebot abstellende Erklärungen sind in diesen Fällen viel geeigneter. Der Umstand, daß Reallohn und Frauenerwerbsquoten langfristig gestiegen sind, ist kein ausreichender Beleg für die Ausschließlichkeit oder Dominanz einer kausalen Beziehung zwischen monetären Faktoren und der Partizipation, denn auch die Nachfrage nach Frauenarbeit hat langfristig zugenommen. Die Jahre nach 1980 haben zudem deutlich gezeigt, daß das kurzfristige Arbeitsmarktverhalten der Frauen weder ausschließlich mit der Entwicklung der Löhne und Gehälter, noch mit der Nachfrage nach Arbeit erklärt werden kann, denn auch ohne Reallohnanstieg und trotz völlig unzureichender Nachfrage nach Arbeit stiegen die Erwerbsquoten der Frauen (15-65 Jahre) weiterhin an.

Die Erwerbsbeteiligung ist ein von politischen, institutionellen und sozio-ökonomischen Prozessen geprägtes Phänomen, das ohne das Niveau und die Struktur der Nachfrage nach Arbeitskräften nicht zu erklären ist. Eine ökonomische Theorie des Arbeitskraftangebots, welche das Angebot an Arbeit völlig unabhängig von der Nachfrage nach Arbeit ableitet und das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung als wahlhandlungstheoretisches Resultat der nutzenmaximierenden, reallohnabhängigen Strategien der Anbieter begreift, ist aus diesem Grunde verfehlt. Und nicht nur eine „reine“ Theorie des Angebots, sondern auch eine lediglich auf ökonomischen Faktoren aufbauende Theorie ist dem Untersuchungsgegenstand nicht angemessen. Geeignet scheint uns allein ein institutionalistischer Ansatz, der die Bedeutung außerökonomischer (sozialer, rechtlicher, kultureller, psychologischer) Determinanten, die für das Angebot in besonderem Maße relevant sind, angemessen berücksichtigt⁵¹). Eine empirisch gehaltvolle Theorie des Erwerbsverhaltens steht bisher jedenfalls nicht zur Verfügung. Die traditionelle Theorie des Arbeitsangebots, die der Inseparabilität von angebots- und nachfrageseitigen Einflüssen nicht Rechnung trägt, kann nur Partialerklärungen hinsichtlich der Stärke des Angebots an Arbeit liefern. Lediglich die segmentations-theoretischen Ansätze, die institutionalistisch ausgerichtet sind, lassen ein Verständnis der Arbeitsmarktzusammenhänge erkennen, das der spezifischen sozio-ökonomischen Determinierung des Arbeitskraftangebots angemessener ist⁵²). Sie stellen die Verschiedenartigkeit individuellen Arbeitnehmerverhaltens heraus (z. B. hinsichtlich der Fluktuationsneigung, des Sicherheitsbedürfnisses, der generellen

Einstellung zur Arbeit) und ziehen in Betracht, daß die Gestaltung der Arbeitsplätze und unternehmerische Strategien in entscheidendem Maße spezifische Verhaltensweisen der Arbeitskraftanbieter beeinflussen, formen und verstetigen. Das instabile Erwerbsverhalten vieler sekundärer Arbeitskräfte bzw. die in diesem Zusammenhang zu beobachtenden Abdrängungs- und Rückzugstendenzen aus der Erwerbspersonenkategorie erhalten im Rahmen segmentationstheoretischer Argumentationsmuster eine plausible Erklärung.

Eine „Theorie der Partizipation“ muß Angebots-, Nachfrage- und politisch-institutionelle Faktoren integrieren, hat neben ökonomischen auch soziale, psychologische und kulturelle Determinanten zu berücksichtigen und sollte bei der Erklärung des Arbeitsangebots der sekundären Arbeitskräfte vor allem die vielfältigen Marginalisierungs-, Selektions- und Diskriminierungsprozesse in Betracht ziehen. Eine sozialökonomische Theorie des Arbeitsangebots muß in Kauf nehmen, daß die größere Realitätsnähe den Aufbau eines geschlossenen theoretischen Gerüsts und die Aufstellung allgemeingültiger Hypothesen nur bedingt zuläßt.

(2) Welche Entwicklungsperspektiven resultieren aus den für die Vergangenheit aufgezeigten Wirkungszusammenhängen? Was die Verhaltenskomponente anbetrifft, so wirkt sich das auf absehbare Zeit anhaltende Nachfragedefizit gegen eine weitere Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen aus. Resignations- und Abdrängungsprozesse werden auch weiterhin die Folgen des Mangels an geeigneten Arbeitsplätzen sein. Das Fortdauern der Massenarbeitslosigkeit belastet den beruflichen Emanzipationsprozeß der Frauen. Eine wachsende Konkurrenz zwischen den Geschlechtern um die knapp bleibenden Arbeitsplätze ist nicht auszuschließen. Insbesondere in den qualifizierten Einsatzfeldern zeichnet sich eine solche Auseinandersetzung, die wiederum zu Ausweichreaktionen von Frauen und anschließenden Verdrängungsprozessen unter den Frauen führt, schon ab (vgl. *Gottschall, Müller* 1986, S. 23). Trotz ansatzweiser Wandlung des Arbeitsmarktverhaltens von Männern ist nicht damit zu rechnen, daß eine derartige Konkurrenz zu verstärkten Rückzugstendenzen (über den zeitweiligen Verbleib in der stillen Reserve hinausgehend) von männlichen Arbeitskräften führt.

Auf der anderen Seite ist anzunehmen, daß die Faktoren generatives Verhalten, steigendes Ausbildungsniveau, Veränderungen der Arbeitszeitregelungen (Flexibilisierung der Arbeitszeit, generelle Verkürzung der Arbeitszeit, mehr Teilzeitarbeitsplätze) und struktureller Wandel⁵³) die zukünftige Erwerbsneigung der Frauen weiterhin positiv stimulieren werden. Auch wird der Prozeß der Emanzipation, der Wandel im Selbstverständnis der Frauen und die damit zusammenhängende Höhererschätzung der Erwerbsarbeit fort dauern und die Berufsorientierung der Frauen verstärken⁵⁴). Insgesamt gesehen spricht mehr für eine Fortsetzung des Trends zur vermehrten Frauen-Erwerbsbeteiligung, da ja auch in der Vergangenheit – trotz eines beachtlichen Mangels an Arbeitsplätzen – die positiv wirkenden Determinanten dominierten. Selbst auf dem Tiefpunkt der Krise haben die Frauen ihren Anspruch auf Integration in den Arbeitsmarkt verteidigt und damit die Wirkung der Nachfragefaktoren relativiert. Mit der Aussicht auf Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt, zumindest hinsichtlich der Anzahl der Arbeitsplätze⁵⁵), kann sogar angenommen werden, daß die Erwerbsbereitschaft der Frauen verstärkt zunehmen wird. Ein Blick auf die Erwerbsquoten anderer OECD-Länder (nicht nur die skandinavischen Länder, auch

⁵¹) Wir gehen mit Scharpf einig, daß in der Arbeitsmarktforschung institutionelle gegenüber im engeren Sinne ökonomischen Theorieansätzen komparative Vorteile aufweisen (vgl. Scharpf 1983).

⁵²) Womit nicht gesagt ist, daß eine insgesamt befriedigende Theorie des Arbeitsmarktes geliefert wird.

⁵³) Aufgrund der Entwicklung des technischen Wandels im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich sowie einer generell restriktiven Haushaltspolitik dürfte sich die Expansion der Beschäftigung im Tertiärsektor nur verlangsamt fortsetzen.

⁵⁴) Gesellschaftliche Phänomene wie die Rückläufigkeit von Heirats- und die Zunahme von Scheidungsziffern wirken sich auf die Erwerbsneigung von Frauen ebenfalls positiv aus. Die Erwerbsquoten lediger und geschiedener Frauen liegen deutlich über denjenigen der verheirateten Frauen.

⁵⁵) Der SVR prognostiziert eine Zunahme von rd. 300 000 Arbeitsplätzen für 1986.

z. B. die USA oder Großbritannien) zeigt an, daß die Bundesrepublik noch lange nicht auf einem Niveau angelangt ist, wo ein Maximalwert greifbar nahe scheint. Im Gegenteil dürfte es ein gewisses Nachholbedürfnis in Sachen weiblicher Erwerbsbeteiligung geben, welches sich bei einer entspannteren Arbeitsmarktlage erst richtig entfalten wird. Wenn die Erwerbsquoten der 15- bis 65jährigen Frauen zwischen 1980 und 1984 – bei bekannt desillusionierendem Arbeitsplatzangebot – schon um 1,5 Prozentpunkte angestiegen sind, wie hoch wäre erst der Anstieg gewesen, wenn alle Frauen, die gerne eine Erwerbstätigkeit ausgeübt hätten, auch eine realistische Chance auf ein Beschäftigungsverhältnis gehabt hätten?

Die Berücksichtigung von „oberen Varianten“ (stark ansteigender Trend der Erwerbsbeteiligung) in längerfristigen Projektionen (vgl. *Klauder, Schnur, Thon* 1985) bewahrt jedenfalls vor dem Fehler, die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit notwendige Anzahl neu zu schaffender Arbeitsplätze zu unterschätzen.

Literaturnachweis

- Albeda, W.* (1977), The Supply of Labour, in: Structural Determinants of Employment and Unemployment, OECD Paris, S. 26-30.
- Andrae, C. A.* (1979), Ökonomik der Freizeit, Reinbek.
- Alitorenngemeinschaft* (1985), Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1985 und 1986, in: MittAB 4/1985, S. 409-415.
- Beck, U.* (1984), Perspektiven einer kulturellen Evolution der Arbeit, in: MittAB 1/1984, S. 52-62.
- Beck-Gernsheim, E.* (1985), Karriere: Wie hoch ist der Preis? Die Folgen für Männer und Frauen, in: *E. Altvater, M. Baethge u. a., Arbeit* 2000, Hamburg.
- Beer, U.* (1985), Unentgeltliche Arbeit im Lebenszusammenhang von Frauen und deren Reflexion in den Sozialwissenschaften, in: Frauenforschung, Beiträge zum 22. Deutschen Soziologentag, Frankfurt, S. 22-39.
- BiB* (1980), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Wiesbaden, Heft 18.
- Bolte, K. M.* (1980), Bestimmungsgründe der Geburtenentwicklung und Überlegungen zu einer möglichen Beeinflussbarkeit, in: *Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit* (Hrsg.), Schriftenreihe Bd. 93, Bevölkerungsentwicklung und nachwachsende Generation, Stuttgart, S. 64-91.
- Bolte, K. M., D. Kappe, J. Schmid* (1980), Bevölkerung. Statistik, Theorie, Geschichte und Politik des Bevölkerungsprozesses, 4. Aufl., Opladen.
- Bowen, W. G., A. T. Finegan* (1969), The Economics of Labor Force Participation, Princeton.
- Brinkmann, C.* (1979), Der Wunsch nach Teilzeitarbeit bei berufstätigen und nicht berufstätigen Frauen, in: MittAB 3/1979, S. 403-412.
- (1980 a), Zum Unterschied in der Erfassung von Arbeitslosen durch die Bundesanstalt für Arbeit und von Erwerbslosen im Mikrozensus, in: BeitrAB 44, Nürnberg, S. 172-180.
- (1980 b), Erwerbsbeteiligung und Arbeitsmarktverhältnisse: Neue empirische Ergebnisse zur ‚Entmutigung‘ und zusätzlichen ‚Ermutigung‘ von weiblichen Erwerbspersonen, in: BeitrAB 44, Nürnberg, S. 120-145.
- (1981), Veränderung des Arbeitsvolumenangebots bei Realisierung von Arbeitszeitwünschen: Befragungsergebnisse und Modellrechnungen, in: BeitrAB 56, Nürnberg, S. 147-168.
- Brinkmann, C, H. Kohler* (1981), Am Rande der Erwerbsbeteiligung: Frauen mit geringfügiger, gelegentlicher oder befristeter Arbeit, in: BeitrAB 56, Nürnberg, S. 120-146.
- Brinkmann, G.* (1981), Ökonomik der Arbeit, Bd. 2, Die Allokation der Arbeit, Stuttgart.
- Büchtemann, C. F.* (1982), Erwerbskarrieren im Anschluß an Arbeitslosigkeit, in: MittAB 2/1982, S. 120-130.
- Cain, G. G.* (1966), Married Women in the Labor Force, Chicago and London.
- (1979), Determinants of the level and composition of labour supply, in: *OECD, Structural determinants of employment and unemployment*, Paris, S. 217-229.
- Cornetz, W.* (1985), Determinanten der Erwerbsbeteiligung. Eine theoretische und empirische Analyse sozio-ökonomischer Einflußfaktoren des Arbeitsangebots, Frankfurt/M.
- Cremer, R.* (1981), Arbeitsangebot erwerbsfähiger Frauen. Eine ökonomische Analyse der Determinanten gruppenspezifischer Erwerbsquoten, in: BeitrAB 56, Nürnberg, S. 48-68.
- Deuterman, W. V.* (1977), Another look at working-age men who are not in the labor force, in: Monthly Labor Review, No. 6, Vol. 100, S. 9-14.
- Durand-Drouhin, M.* (1981), Bestimmungsfaktoren der Frauenerwerbsbeteiligung im internationalen Vergleich, in: BeitrAB 56, Nürnberg, S. 179-205.
- Fischer, C, D. Heier* (1983), Entwicklungen der Arbeitsmarkttheorie, Frankfurt/M.
- Friedrich, W., A. Hellmich* (1983), Technik und Frauenarbeitsplätze, in: Ifo-Schnelldienst 8, S. 17-25.
- Gatzweiler, H. P., L. Runge* (1982), Schätzung regionaler Erwerbsquoten auf der Grundlage des Mikrozensus, in: Raumforschung und Raumordnung, 40. Jg., 4. Heft 1-2, S. 13-23.
- Gensior, S.* (1984), Moderne Frauenarbeit, Arbeitszeitflexibilisierung und elektronische Heimarbeit, in: Karriere oder Kochtopf? Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie, Hamburg, S. 58-75.
- Gordon, D. M.* (1974), Theories of Poverty and Underemployment, Lexington, 3. Aufl.
- Gottschall, K., J. Müller* (1986), Abbau geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung im Dienstleistungssektor? in: Sofi-Mitteilungen Nr. 12.
- Handl, J.* (1978), Ausmaß und Determinanten der Erwerbsbeteiligung von Frauen, in: BeitrAB 31, Nürnberg, S. 189-256.
- Hecheitjen, P.* (1974), Bevölkerungsentwicklung und Erwerbstätigkeit, Opladen.
- Hekman, J. S.* (1980), Income, Labor Supply, and Urban Residence, in: American Economic Review, Sept., S. 805-811.
- Hofbauer, H.* (1979), Zum Erwerbsverhalten verheirateter Frauen, in: MittAB 2/1979, S. 217-240.
- (1981), Zur Struktur der Teilzeitarbeit bei Frauen, in: BeitrAB 56, Nürnberg, S. 107-119.
- Humphrey, D. D.* (1940), Alleged ‚Additional Workers‘ in the Measurement of Unemployment, in: Journal of Political Economy, June, S. 412-419.
- Killingsworth, M. R.* (1983), Labor Supply, Cambridge.
- Klauder, W., G. Kühlewind* (1980), Überblick über das Erwerbspersonenpotentialkonzept des IAB – Bedeutung, Messung, Projektion, in: BeitrAB 44, Nürnberg, S. 8-12.
- Klauder, W., P. Schnur, M. Thon* (1985), Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre. Neue Modellrechnungen für Potential und Bedarf an Arbeitskräften, in: MittAB 1/1985, S. 41-62.
- Kohler, H., L. Reyher* (1970), Erwerbstätigkeitsphasen der Frauen, in: MittAB 3/1970, S. 286-297.

- Kurz-Scherf, I.* (1985), Zum Stellenwert der Teilzeitarbeit in einer emanzipatorischen Arbeitszeitpolitik, in: WSI-Mitteilungen 11, S. 659-668.
- Langer, I.* (1986), Die neu entdeckten Frauen — zwischen Arbeitslosigkeit und Wendepolitik, in: WSI-Mitteilungen 2, S. 103-111.
- Langkau, J.* (1977), Bestimmungsgründe regionaler Unterschiede in der Frauenerwerbstätigkeit und Ansätze für eine regionale Förderung, Bonn-Bad Godesberg.
- Leroy, R.* (1979), Comments on Glenn G. Cain's Report „Determinants of the Level and Composition of Labour Supply“, in: *OECD*, Structural Determinants of Employment and Unemployment, Paris, S. 230-240.
- Leschinsky, A.* (1976), Arbeitszeitangebot, Berufswahl, Stellensuche. Eine Analyse ökonomischer Determinanten individuellen Arbeitnehmerverhaltens, Bochum.
- Leutbold, J. H.* (1978), The Effect of Taxation on the Probability of Labor Force Participation by Married Women, in: Public Finance No. 33, S. 280-294.
- Long, C. D.* (1953), Impact of Effective Demand on the Labor Supply, in: American Economic Review, Papers and Proceedings, No. 2, May, S. 458-472.
- Mattfeldt, H.* (1985), Doppelverdienertum und Ehestandsdarlehen. Zur Reglementierung der Frauenerwerbstätigkeit am Beispiel des Nationalsozialismus, in: Karriere oder Kochtopf? Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie, Hamburg, S. 42-57.
- Metz-Göckel, S., U. Müller* (1985), Redaktion Brigitte (Hrsg.): Der Mann, Hamburg.
- Milz, H.* (1984), Zum Bewußtsein von Frauen zwischen Erwerbs- und Familienarbeit, in: Karriere oder Kochtopf? Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie, Hamburg, S. 161-179.
- Mincer, J.* (1962), Labor force participation of married women: a study of labor supply, in: Aspects of labor economics, Princeton, S. 63-105.
- Müller, U.* (1985), Arbeits- und industriesoziologische Perspektiven von Frauenerwerbstätigkeit – Frauen als „defizitäre“ Männer? in: Frauenforschung, Beiträge zum 22. Deutschen Soziologentag, Frankfurt, S. 76-86.
- Myrdal, A., V. Klein* (1969), Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf, Köln/Berlin.
- OECD* (1980), Women and Employment, Paris.
- Ondeck, C. M.* (1978), Discouraged workers' link to jobless rate reaffirmed, in: Monthly Labor Review No. 10, S. 40-42.
- Oppenheimer, V. K.* (1979), The Female Labor Force in the United States. Demographic and Economic Factors Governing its Growth and Changing Composition, Berkeley.
- Pfriem, H.* (1979), Konkurrierende Arbeitsmarkttheorien, Frankfurt/New York.
- Pöll, G.* (1974), Umfang und Bestimmungsgründe der Frauenerwerbstätigkeit in Österreich, Österreichisches Institut für Arbeitsmarktpolitik, Heft 15.
- Pross, H.* (1975), Die Wirklichkeit der Hausfrau, Reinbek.
- Rerrich, M. S.* (1985), Alle reden vom Vater – Aber wen meinen sie damit? Zur Differenzierung des Vaterbildes, in: Frauenforschung, Beiträge zum 22. Deutschen Soziologentag, Frankfurt, S. 223-232.
- Reyer, L., H. U. Bach* (1980), Arbeitskräfte-Gesamtrechnung. Bestände und Bewegungen am Arbeitsmarkt, in: MittAB 4/1980, S. 498-513.
- Rosen, H. S.* (1980), What is labor supply and do taxes affect it? in: American Economic Review, Papers and Proceedings, May, S. 171-176.
- Rosenblatt, B. von, C.F. Büchtemann* (1980), Arbeitslosigkeit und berufliche Wiedereingliederung, in: MittAB 4/1980, S. 552-572.
- Rothschild, K. W.* (1980), A note on female labour supply, in: Kyklos, Vol. 33, S. 246-260.
- Sachverständigenrat* (1985), Jahresgutachten 1985/86 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
- Scharpf, F. W.* (1983), Zur Bedeutung institutioneller Forschungsansätze, in: *Scharpf, F. W., M. Brockmann* (Hrsg.), Institutionelle Bedingungen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Frankfurt/New York, S. 9-20.
- Schmid, G.* (1979), Frauenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: BeitrAB 33, Nürnberg, S. 315-378.
- Schoer, K.* (1986), Teilzeitbeschäftigung in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, in: WSI-Mitteilungen I, S. 21-29.
- Schwarz, K.* (1978), Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen, in: WISTA 8, S. 473-480.
- Smith, J. P.* (ed.) (1980), Female Labor Supply: Theory and Estimation, Princeton.
- Statistische Nachrichten* (1985), *Österreichisches Statistisches Zentralamt* (Hrsg.), a) Gründe für die Arbeitsplatzsuche von nichtbeschäftigten Frauen, in: Heft 11, S. 779-780; b) Einkommen und Berufsmotivation von Frauen, in: Heft 4, S. 255-260.
- Thon, M.* (1981 a), Teilzeitbeschäftigung und zukünftige Entwicklung des weiblichen Erwerbspersonenpotentials, in: BeitrAB 56, Nürnberg, S. 169-172.
- (1981 b), Zur Quantifizierung des konjunkturellen Erwerbspersonenpotentials verheirateter deutscher Frauen, in: BeitrAB 56, Nürnberg, S. 296-312.
- (1984), Neuberechnung des Erwerbspersonenpotentials für den Zeitraum 1979-1982, in: MittAB 4/1984, S. 441-453.
- Toman, W., S. Hölzl, V. Koreny* (1977), Faktoren der Bevölkerungsentwicklung – Ursachen und Beweggründe für den Kinderwunsch, Forschungsbericht im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums, München.
- Wehher, D.* (1982), Zwischen programmatischem Anspruch und politischer Praxis. Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1974 bis 1982, in: MittAB 3/1982, S. 261-275.
- Weltz, F.* (1971), Bestimmungsgrößen der Frauenerwerbstätigkeit, in: MittAB 2/1971, S. 201-215.
- Wilcock, R. C.* (1957), The Secondary Labor Force And The Measurement Of Unemployment; A Report Of The National Bureau Of Economic Research, Princeton, S. 167-210.
- Willms, A.* (1983), Segregation auf Dauer? Zur Entwicklung des Verhältnisses von Frauenerwerbstätigkeit und Männerarbeit in Deutschland, 1882-1980, in: *W. Müller, A. Willms, J. Handl*, Strukturwandel der Frauenerwerbstätigkeit 1880-1980, Frankfurt.
- Willms-Herget, A.* (1985), Frauenerwerbstätigkeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt, Frankfurt.
- WISTA, Wirtschaft und Statistik. Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Wolf-Craaf, A.* (1985), Hausarbeit – nein danke? Arbeit im Schatten der Ökonomie, in: *M. Huber, B. Bussfeld* (Hrsg.), Blick nach vorn im Zorn. Die Zukunft der Frauenerwerbstätigkeit, Weinheim und Basel, S. 107-133.
- Woytinsky, W. S.* (1940), Additional Workers and the Volume of Unemployment, Social Science Research Council, Pamphlet Series I, New York.

Anhang

Ausgewählte Regressionsansätze zur Schätzung der Erwerbsbeteiligung

Altersgruppe von . . . bis unter . . . Jahren	VERHEIRATETE FRAUEN		R ²	DW	F	Periode	
15 – 65	33,01	0,25 (ALQ) (1,30)	0,57 (T) (10,12)	0,95	0,42	211,45	1960–1982
15 – 20	62,11	0,48 (ALQ) (1,11)	-0,40 (T) (-3,09)	0,40	0,91	8,46	
20 – 25	47,62	1,30 (ALQ) (2,86)	0,43 (T) (3,25)	0,84	1,69	57,54	
25 – 30	34,84	0,69 (ALQ) (1,88)	0,80 (T) (7,41)	0,93	0,35	137,33	
30 – 35	32,17	0,88 (ALQ) (2,51)	0,67 (T) (6,54)	0,92	0,52	128,29	
35 – 40	34,16	0,70 (ALQ) (2,41)	0,61 (T) (7,18)	0,93	0,61	144,92	
40 – 45	35,87	0,34 (ALQ) (1,84)	0,62 (T) (11,53)	0,96	0,93	288,44	
45 – 50	33,81	-0,20 (ALQ) (-1,20)	0,73 (T) (15,23)	0,97	0,77	339,88	
50 – 55	30,31	-0,42 (ALQ) (-2,05)	0,68 (T) (11,31)	0,93	0,69	156,41	
55 – 60	24,77	0,02 (ALQ) (0,11)	0,37 (T) (9,54)	0,93	1,04	155,62	
60 – 65	18,32	-0,62 (ALQ) (-2,20)	-0,17 (T) (-2,12)	0,72	0,53	28,75	
15 – 65	35,15	-0,68 (ALQ) (-2,19)	0,30 (T) (7,24)	0,84	0,86	26,78	1960–1970
15 – 65	33,30	0,09 (ALQ) (0,48)	0,59 (T) (5,39)	0,93	0,67	81,47	1970–1982
15 – 65	26,13	0,018 (LF) (27,53)		0,97	0,48	757,81	1960–1982
25 – 30	23,95	0,029 (LF) (20,14)		0,95	0,26	405,42	
15 – 65	- 7,30	1,08 (SAN) (19,87)		0,95	0,64	394,93	1960–1982
25 – 30	-28,05	1,68 (SAN) (16,94)		0,93	0,43	286,92	
MÄNNER							
15 – 65	84,90	-0,40 (ALQ) (-5,19)	0,35 (T) (15,39)	0,98	0,70	666,72	1960–1982
15 – 20	39,14	0,40 (ALQ) (1,24)	2,09 (T) (22,10)	0,99	1,29	744,58	
20 – 25	78,75	-0,04 (ALQ) (-0,14)	0,52 (T) (6,28)	0,86	0,39	68,62	
25 – 30	89,47	-0,22 (ALQ) (-2,17)	0,37 (T) (12,30)	0,97	0,79	336,32	
30 – 35	98,36	-0,29 (ALQ) (-6,10)	0,03 (T) (1,97)	0,90	0,77	102,78	
35 – 40	99,62	-0,23 (ALQ) (-5,49)	-0,06 (T) (-4,40)	0,56	0,63	15,14	
40 – 45	99,78	-0,26 (ALQ) (-6,40)	-0,10 (T) (-8,76)	0,78	0,57	39,84	
45 – 50	97,47	-0,11 (ALQ) (-2,78)	-0,06 (T) (-5,02)	0,58	0,92	15,97	
50 – 55	94,40	-0,22 (ALQ) (-2,67)	-0,01 (T) (-0,42)	0,42	0,84	9,05	
55 – 60	84,57	-0,37 (ALQ) (-1,68)	0,24 (T) (3,68)	0,80	0,68	44,93	
60 – 65	60,19	-3,15 (ALQ) (-3,13)	0,76 (T) (2,58)	0,82	0,50	50,28	
15 – 65	86,30	-0,23 (ALQ) (-1,28)	0,27 (T) (11,01)	0,93	1,70	65,18	1960–1970
15 – 65	84,43	-0,33 (ALQ) (-2,84)	0,37 (T) (5,99)	0,97	0,79	178,54	1970–1982

25 – 30	90,96	-0,40 (ALQ) (-2,38)	0,23 (T) (2,60)	0,90	0,81	56,30	1970–1982
30 – 35	98,05	-0,25 (ALQ) (-3,96)	0,04 (T) (1,23)	0,91	1,21	62,09	
35 – 40	98,69	-0,11 (ALQ) (-3,55)	0,01 (T) (0,71)	0,87	1,60	42,17	
40 – 45	98,59	-0,11 (ALQ) (-3,35)	-0,01 (T) (-0,56)	0,76	0,81	19,58	

Mikrozensus-Erwerbsquoten, Deutsche und Ausländer, bereinigt auf Altersjahrmethode.

ALQ – gesamtwirtschaftliche, jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote

T – linearer Zeittrend (Frauen steigend; Männer abnehmend)

LF – Reallohnsatz Frauen

SAN – „Sektorale Arbeitsnachfrage“; Anteil der Erwerbstätigen des tertiären Sektors an den gesamten Erwerbstätigen

Zahlen in Klammern: t-Werte

R² – R² adjusted

DW – Durbin Watson

F – F-Statistik